

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4,50 RM, monatlich 1,50 RM,
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pfennig. Postbezug:
 monatlich, vom Postamt abgeholt
 1,60 RM, vom Briefträger ins Haus ge-
 bracht 1,64 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich - Ungarn
 2,- RM, für das übrige Ausland
 4,50 RM monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM.
 Postbestellungen nehmen an Däne-
 mark, Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Einzelnummern in die
 Postzeitungs-Preisliste.
 Erhalten täglich.

Telegraphisch - Adresse
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die begebenen Stellenanzeigen
 20 Wg. „kleine Anzeigen“, das
 festgedruckte Wort 20 Wg. (zählend
 2 festgedruckte Buchstaben), jedes weitere
 Wort 15 Wg. Stellenanzeigen und
 Schlußzeilenanzeigen das erste Wort
 20 Wg., jedes weitere Wort 10 Wg.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%,
 Familien-Anzeigen, politische und
 gemeinschaftliche Vereins-Anzeigen
 50 Wg. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin
 SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben
 werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 12. Juli 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Aussprache im Hauptausschuß.

Graf Hertling hat gestern im Hauptausschuß den Versuch gemacht, alles, was durch die Ereignisse der letzten Tage aus den Fugen geraten war, durch eine Rede wieder einzurenten. Er hat damit dem Zentrum erwünschte Gelegenheit gegeben, das Wort, das es mit der Regierung verbindet, aufs neue zu befestigen, und auch Herrn Fischer, des Fortschrittlers, Rede Klang nicht so, als ob der Vertrauensmann der Volkspartei, Herr v. Bötter, daran dachte, aus der Regierung auszuscheiden. Scharfe Töne schlug nur der Redner der Sozialdemokratie, Genosse Scheidemann, an, der die Bedeutung von Kühlmanns Entlassung auseinandersetzte und die Erklärung des Reichszan- zlers nicht befriedigend fand.

Der Reichszan- zler hat die Entlassung Kühlmanns aus persönlichen Gründen zu erklären versucht, die jedoch nicht im Bukarest liegen, sondern darin, daß sich Kühlmann mit anderen Faktoren nicht vertrat. Dadurch wird der falsche Ein- druck hervorgerufen, als ob zwischen den verschiedenen Faktoren persönlicher Kräfte herrschte, der ihnen beiden nicht zur Ehre gereichte, während es sich in Wirklichkeit um tiefe sachliche Gegen- sätze handelt, die seit jeher bestehen und die durch das Bekanntnis Kühlmanns, der Krieg müsse durch Verhandlungen zum Abschluß gebracht werden, ihren Höhepunkt erreicht hatten. Der Kanzler deutete vorsichtig an, daß er schließlich auf demselben Standpunkt stehe als Kühlmann; dann steht er aber auf einem anderen Standpunkt als die „anderen Faktoren“ und versucht, bestehende Gegensätze durch gewundene Erklärungen zu über- kleistern.

Graf Hertling vertritt die These, daß der Vernich- tungswille der Gegner noch ungebrochen ist. Es muß er- laubt sein, auf den inneren Widerspruch hinzuweisen, der darin liegt, daß man auf der einen Seite, wie vorgeführt noch Herr Friedberg im Herrenhause, behauptet, der Gegner sei schon auf dem letzten Loch, auf der anderen aber — in den letzten Tagen des vierten Kriegsjahres — sein Vernichtungswille sei noch ungebrochen. Wir glauben, daß die Gegner nicht mehr weit davon entfernt sind, von der militärischen Unüberwind- lichkeit des deutschen Volkes überzeugt zu sein, daß sie aber noch recht weit davon entfernt sind, einem Frieden zuzustimmen, wie er unserer Machtpolitikern vorkommt. Darum glauben wir an die Möglichkeit, die Wiederkehr des Friedens durch die Anwendung politischer Mittel zu beschleunigen unter der Vor- aussetzung, daß der Versuch auf machtpolitische Erweiterungs- ziele ebenso deutlich ausgesprochen wird, wie die Entschlossenheit des deutschen Volkes, sich nicht unterkriegen zu lassen.

Die Rede des Grafen Hertling konnte unter den gegebenen Umständen diese Klarheit nicht bringen, denn zu diesem Zweck hätte der Reichszan- zler noch viel weiter gehen müssen als Kühlmann in jener Rede, wegen der er davongejagt worden ist. Er hat von einer lokalen Durchführung des West- Friedens gesprochen, ist aber von Scheidemann gleich auf die Vorgänge in Estland und Livland feingewandelt worden — ganz abgesehen davon, daß uns nicht die „lokale Durchführung“, sondern nur der Aufbau der West- Verträge dem wirklichen Frieden in Ost und West bald näher bringen könnte.

Ueber die Kriegsziele im Westen hat sich Graf Hertling nur vertraulich geäußert. Die Gegner stehen also hier vor einem vernagelsten Tor. Nun sagt Graf Hertling freilich, in Übereinstimmung mit den anderen Faktoren: „Sobald sich auf der anderen Seite ein ernst- Friedenswille bemerkbar macht, müssen wir der Sache nachgehen.“ Die Frage bleibt offen, ob ein „ernst- Friedenswille“ auf der anderen Seite erst dann als vorhanden angenommen wird, wenn sich diese andere Seite für hoffnungslos geschlagen erklärt und um gnädige Friedensbedingungen bittet.

Die gesamte bürgerliche Presse beschäftigt sich mit der Frage, wie sich die sozialdemokratische Fraktion zu den neuen Kriegskrediten stellen werde. Die Fraktion hatte vor den letzten Ereignissen mit allen gegen acht Stimmen die Be- willigung der Kredite beschlossen, wird sich aber wohl mit der Angelegenheit nochmals befassen, und ihrer Beratung soll nicht vorgegriffen werden. Wir möchten dazu heute nur soviel sagen, daß die Partei nach wie vor zur Landesverteidigung steht und daß sie ihre Stellung zum gegenwärtigen Regierungskurs durch die Erklärung Scheidemanns dargestellt hat, dieser Re- gierung könne sie den Etat nicht bewilligen.

Wäre die Reichstagsmehrheit auf den Standpunkt zu bringen, daß sie erklärte: „Dieser Regierung bewilligen wir überhaupt keine Kredite mehr oder wir bewilligen sie nur unter diesen und diesen Bedingungen“, so könnte die Drohung mit der Kredit- ablehnung ein geeignetes Mittel sein, eine Wendung der Re- gierungsvollmacht zum Besseren herbeizuführen. Als Minderheits- aktion besitzt die Kreditablehnung nur die Bedeutung eines Be- kenntnisses, das man — je nachdem — als Bekenntnis gegen die Landesverteidigung oder als Bekenntnis gegen die Regie- rung auffassen würde. Wie die Fraktion zur Regierung steht, hat sie schon beim Etat gesagt, und man würde ihre Zustimmung zu den Krediten nur als eine Fortsetzung ihrer bisherigen von ihr und uns richtig gehaltenen Politik, auf keinen Fall aber als

eine Vertrauenskundgebung für die Regierung auffassen dürfen. Vielmehr wird es in dieser Beziehung bei dem Verbleiben müssen, was beim Etat gesagt worden ist.

Die Sitzung.

Der Sitzungssaal des Hauptausschusses bot am Donner- stag das bei wichtigen Anlässen gewohnte Bild. Die Abgeord- neten drängten sich in dichten Scharen, die Staatssekretäre hatten sich vollzählig eingefunden, begleitet von einem dichten Schwarm von Regierungsvertretern.

Um 11¼ Uhr stellt der Vorsitzende Abg. Ebert den Entwurf betreffend den 15-Milliarden-Kredit zur Beratung. Einleitend erklärt Bigelanzler von Böhmer, der Reichszan- zler werde seine Ausführungen zum Teil vertraulich geben. Nun seien bei früheren Anlässen trotz beschlossener Vertraulichkeit Meldungen hinausgegangen, die verwirrend gewirkt hätten. Des- wegen wünsche er, daß dem vorgebeugt und alles, was der Kanzler als vertraulich erkläre, auch als vertraulich behandelt werde, also nicht in die Presse komme.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsberatung stimmt der Hauptausschuß einem Vorschlag Eberters zu, entsprechend dem früher geübten Verfahren die Berichte über die Reden vom Regie- rungsamtlich von der Regierung selbst geben, die Berichte über die Reden der Abgeordneten durch die Schriftführer prüfen zu lassen.

Reichszan- zler Graf v. Hertling:

R. S. 1 Ueber die Vorkommnisse der letzten Tage sind die Herren ja bereits durch die Mitteilungen des Herrn Bigelanzlers unterrichtet. Ich habe mir trotzdem gesagt, daß möglicherweise die Herren den Wunsch hegen, daß ich selbst hier vor Ihnen erscheine und meine Stellung zu diesen Vorkommnissen offen darlege.

R. S. 1 Der Wechsel im Staatssekretariat bedeutet keinen Wechsel des politischen Kurses. Die Politik des Deut- schen Reiches führt allein verantwortlich der Reichszan- zler. Der Staatssekretär des Auswärtigen hat die auswärtige Politik im Auftrage, im Einvernehmen und unter der Verantwort- lichkeit des Reichszan- zlers zu führen. Das ist von An- fang an Grundsatz des Deutschen Reiches gewesen. Dieser Grund- satz steht auch heute fest. Meine Herren, an meinem politischen Standpunkte, wie ich ihn in meiner Rede am 29. November v. J. vor dem Plenum des Reichstags festgelegt habe, an diesem meinem Standpunkte, sowohl bezüglich der inneren wie auch bezüglich der äußeren Politik, halte ich meinerseits vollkommen fest. Darin wird sich, solange ich an dieser Stelle stehe, nichts ändern.

R. S. 2, bezüglich der inneren Politik habe ich die damals ge- gebenen Zusagen, soweit es an meinem Willen lag, vollkommen ein- gelöst, und ich werde dafür eintreten, daß auch die weitere Aus- führung der von mir gemachten Zusagen erfolgt und etwaige Hindernisse mit Energie überwunden werden.

Was die auswärtige Politik betrifft, so habe ich meinen Stand- punkt gleichfalls damals am 29. November deutlich markiert. Ich habe den Herren gesagt: Ich stehe auf dem Standpunkt der Kaiserlichen Antwort auf die Friedensnote des Papstes vom 1. August v. J.; die friedensbereite Ge- sinnung, die diese Antwort befecht hat, befecht auch mich. Aber ich habe hinzugefügt, meine Herren, daß die friedensbereite Gesinnung nicht den Feinden einen Freibrief geben darf zur un- absehbaren Fortsetzung des Krieges. Was haben wir nun aber er- lebt? Während an unserer Bereitschaft, zu einem ehrenvollen Frie- den die Hand zu reichen, seit Jahren gar nicht gezweifelt werden kann, haben wir bis in die letzten Tage hinein die

aufreizenden Reden der feindlichen Staatsmänner

gehört. Herr Wilson will den Krieg bis zur Vernich- tung, und was Herr Balfour gesagt hat, muß jedem Deutschen wirklich die Hornesrotte in das Gesicht treiben. Wir haben doch ein Gefühl für die Ehre unseres Vaterlandes, wir können uns nicht öffentlich unangelehnt auf diese Weise beschimpfen lassen. Und zwar steht hinter dieser Beschimpfung der Vernichtungswille. Solange dieser Vernichtungswille besteht, meine Herren, müssen wir mit unserem treuen Volke ausharren. Ich bin auch überzeugt, ich weiß es, daß in den weitesten Kreisen unseres Volkes, daß überall der ernste Wille besteht: solange der Vernichtungswille der Feinde besteht, müssen wir durchhalten, und wir werden durchhalten im Vertrauen auf unsere Truppen, im Vertrauen auf unsere Heerführung und im Vertrauen auf unser herrliches Volk, das diese schwere Zeit mit ihren großen Entbehrungen und fortgesetzten Opfern so wunderbar erträgt.

Also an der Richtung der Politik wird nichts geändert; denn, meine Herren, auch das muß ich sofort sagen: wenn ich nun trotz dieser feindseligen Äußerungen dieser Staatsmänner irgendwas ernsthaftes Regungen für die Annäherung eines Friedens oder auch nur der ersten Schritte zu dieser Annäherung zeigen würden, dann würden wir ganz gewiß und nicht von vornherein ablehnend ver- halten, sondern wir würden diesen ernstgemeinten — ich sage aus- drücklich ernstgemeinten — Anregungen sofort mit allem Ernste nachgehen. Natürlich genügt es nicht, wenn

dieser oder jener Agent

kommt und uns sagt: Ich kann da und dort Friedensbesprechungen herbeiführen. Sondern es kommt darauf an, daß berufene Vertreter der feindlichen Mächte uns, ausdrücklich autorisiert von ihren Regierungen, zu verstehen geben, daß Besprechungen möglich seien. Besprechungen zunächst natürlich in kleinem Kreise. Aber, meine Herren, die Staatsmänner, die bisher gesprochen haben, haben von derartigen Möglichkeiten nicht geredet. Wenn solche Möglichkeiten sich zeigen, wenn eine ernste Friedens- einigung auf der anderen Seite hervortritt, dann werden wir sofort darauf eingehen, d. h. wir werden

sie nicht zurückstoßen, wir werden zunächst in kleinem Kreise sprechen. Meine Herren, ich kann Ihnen auch sagen, daß dieser Standpunkt nicht etwa nur mein Standpunkt ist, sondern daß dieser Standpunkt auch von der Obersten Heeresleitung ausdrücklich geteilt wird. Denn auch die Oberste Heeresleitung führt den Krieg nicht um des Krieges willen, sondern auch die Oberste Heeresleitung hat mir gesagt: sobald ein ernst- Friedenswille sich auf der anderen Seite bemerk- bar macht, müssen wir der Sache nachgeben.

Nun wird es die Herren interessieren, wie sich von diesem Standpunkt aus gewisse Probleme darstellen, die die Gegenwart uns aufdrängt. Es haben über diese Fragen am 1. und 2. Juli im Großen Hauptquartier unter dem Vor- sitz Seiner Majestät des Kaisers eingehende Be- sprechungen stattgefunden. Ich kann natürlich nur ganz allgemein

die Richtlinien

hier angeben, die damals festgestellt wurden. Also zunächst bezüg- lich des Ostens. Meine Herren! Wir stehen auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk! und wollen diesen Frieden in loyaler Weise ausgeführt sehen. Das ist der Wille der deut- schen Reichsleitung und darin wird sie unterstützt von der Obersten Heeresleitung. Aber, meine Herren, die Schwierigkeit der Aus- führung des Friedens von Brest-Litowsk liegt nicht auf unserer Seite, sondern diese Schwierigkeit liegt darin, daß — wie Sie wissen — die Verhältnisse in Rußland noch so außerordentlich un- sicher sind. Wir sind geneigt, meine Herren, an die Loyalität der gegenwärtigen russischen Regierung uns gegenüber zu glauben; wir sind insbesondere geneigt, an die Loyalität des Vertreters der russischen Regierung hier in Berlin zu glauben. Aber, meine Herren, wir werden nicht so unbedingt annehmen dürfen und können, daß die gegenwärtige russische Regierung auch die Macht hat, die uns gegebenen lokalen Zusagen überall durchzuführen. Wir wollen durchaus der jetzigen russischen Regierung keine Schwierig- keiten machen, wir stellen uns auf den lokalen Boden des Friedens von Brest-Litowsk und tun, was wir können, um diesen Frieden auszuführen. Aber wie die Zustände sind, meine Herren, gibt es unaufhörliche Verwicklungen, unaufhörliche Reibungen an den Grenzgebieten, unaufhörliche Übergriffe dieser oder jener kleinen Heeresgruppe. Aber ich wiederhole, unser Prinzip ist: wir stehen auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk, und wir wollen den Frieden loyal ausführen, wir wollen mit der gegenwärtigen Regierung loyal verhandeln. Sie alle, meine Herren, sehen noch unter dem Eindruck des

furchtbaren Verbrechens in Moskau,

des Attentats, das an unserem Gesandten dort verübt worden ist — eine völkerrechtswidrige Tat, wie sie ärger nicht zum Himmel schreien kann. Alle Spuren deuten darauf hin, daß die schand- würdige Tat auf Anregung der Entente geschehen ist, um uns mit der jetzigen russischen Regierung neuerdings in Krieg zu verwickeln — ein Zustand, den wir auf das eifrigste vermeiden wollen; wir wollen keinen neuen Krieg mit Rußland. Die jetzige russische Regierung will den Frieden und braucht den Frieden, und in dieser friedensgeneigten Absicht unterstützen wir sie. Auf der anderen Seite, meine Herren, ist ja auch wahr, daß sehr verschieden- artige politische Strömungen durch das russische Reich hindurchgehen, Bestrebungen der verschiedensten Art: monarchische Bestrebungen, Bestrebungen der Kadettenpartei, Bestrebungen der sogenannten Rechten Sozialrevolutionäre usw. Meine Herren, ich sage: Wir sehen so, daß wir loyal mit der jetzigen russischen Regierung ver- handeln, daß wir nichts unternehmen, was die russische Regierung in ihrer Stellung schädigen könnte, daß wir aber uns in unsere Ohren und unsere Augen offenhalten, um uns nicht durch eine plötzliche Umwandlung der dortigen Verhältnisse ins Unrecht setzen zu lassen, überraschen zu lassen. Ich kann nur an das Wort er- innern, das einmal Gorkischoff gesprochen hat: Wir sind stumm, aber wir sind nicht taub. Wir lassen uns mit gar keinen politischen Gegenströmungen ein; aber wir horchen aufmerksam, wozu die Richtung in Rußland geht. Das ist der Standpunkt, den ich ein- nehme, das ist der Standpunkt, über den auch bei den Besprechungen am 2. Juli im Großen Hauptquartier die vollste Klarheit und das vollste Einverständnis zwischen allen Beteiligten erzielt worden ist. Ich kann sagen, daß der Herr Staatssekretär v. Kühlmann, der selbst bei diesen Besprechungen nicht anwesend war — das Aus- wärtige Amt war aber vertreten durch den Ihnen wohlbekannten Herrn v. Rosenfeld, der ja der Gefährte und die sachverständige Stütze des Herrn v. Kühlmann in Brest-Litowsk und in Bukarest gewesen ist — mit diesem Standpunkt vollkommen einverstanden gewesen ist, und daß die Oberste Heeresleitung diesem Standpunkt ebenso vollkommen beigetreten ist. Ueber Einzelheiten kann im Einzelfalle da oder dort eine Meinungsverschiedenheit auftreten, aber die Grundlinie ist die, die ich eben gezeichnet habe.

Im Anschluß daran ging der Reichszan- zler auf die Beurteilung der politischen Lage im Westen ein und machte darüber vertrau- liche Mitteilungen. Sodann sprach er von den Gründen, die zu dem

Rücktritt des Staatssekretärs von Kühlmann

geführt haben. Er wies darauf hin, daß es keine sachlichen, sondern persönlichen Gründe waren, die Herrn von Kühl- mann veranlaßt haben, um Enthebung von seinem Amt zu bitten. Der Reichszan- zler sprach in warmen Worten von den Eigenschaften des Staatssekretärs, dessen politische Erfahrung, treffendes Urteil, unermüdliche Ausdauer und dessen Geschicklichkeit und Gewandtheit im Verhandeln er voll anerkannte.

Er habe sich von ihm trennen müssen, da das notwen- dige Vertrauensverhältnis zwischen ihm und anderen Faktoren nicht bestanden habe, ein Ver- trauensverhältnis, das für eine reibungslose Führung der Geschäfte nicht entbehrt werden könne.

Der Reichskanzler fuhr dann fort: Der Name des in Aussicht genommenen Nachfolgers des Herrn v. Kühlmann ist Ihnen bekannt. Herr v. Sinsge ist ein sehr genauer Kenner russischer Verhältnisse. Er ist vor dem Kriege bei der Botschaft in Petersburg beschäftigt gewesen. Er hat in dieser Eigenschaft große Reisen durch Russland gemacht. Er ist mit den Verhältnissen und Personen in Russland sehr eingehend vertraut, was für die jetzige Lage von großer Wichtigkeit ist. Aber, meine Herren, es verzieht sich von selbst, daß ich meine Konfessionierung oder Unterzeichnung zu der Ernennung des Herrn v. Sinsge nur dann gebe, wenn Herr v. Sinsge meine Politik macht und nicht seine eigene. Dafür habe ich aber bereits in den Zusagen des Herrn von Kühlmann — die Ernennung ist noch nicht erfolgt — seinerseits die feste Versicherung gegeben. Ich mache die Politik: der verantwortliche Reichskanzler macht die Politik. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat lediglich seine Politik zu führen. Davon ist er in Aussicht genommen, aber noch nicht ernannte Staatssekretär vollkommen durchzuführen. Meine Herren, ich glaube also, ein Grund zur Beunruhigung ist nicht vorhanden. Der Kurs, mit dem sich die große Mehrheit des Reichstages im November des vergangenen Jahres einverstanden erklärt hat, wird weitergeführt werden.

Abg. Gröber: (3):

Die Darlegungen des Kanzlers waren beruhigend nach den Aufregungen der letzten Tage. Wenn ein so tüchtiger Diplomat wie Herr v. Kühlmann plötzlich aus seinem Amte ausscheidet, dann muß das Aufsehen erregen. Die Stellung Kühlmanns war nach seiner vieldeutigen Rede vom 21. Juni unhaltbar geworden. In einer Kriegslage wie jetzt muß man von einem Staatsmann verlangen, daß er sich mit einer Klarheit ausdrückt, die ein Mißverständnis nicht leicht aufkommen läßt. War schon seine erste Rede verhängnisvoll, so hat die zweite dem Reich geradezu den Boden ausgeglättet. Den Wechsel in diesem wichtigen Amt muß man bedauern, schon weil der Eindruck im Ausland natürlich kein günstiger sein kann. Aber von einer Unfähigkeit Kühlmanns darf man nicht sprechen, denn er hat sich ohne Zweifel durch die von ihm herbeigeführten Friedensschlüsse gewaltige Verdienste um das deutsche Volk erworben. Nach den Darlegungen des Kanzlers sind die Zweifel gestreut,

die aufgetreten waren. Wir begrüßen, daß der Kanzler an den Richtlinien festhält, auf Grund deren er sein Amt übernommen hat. Der Reichskanzler hat ein Recht zu verlangen, daß ihm geglaubt wird. Es sind seit seinem Amtsantritt Fortschritte erreicht worden. Die Frage des Koalitionsrechts ist gelöst, der § 158 ist aufgehoben. Die Wahlvorlage in Preußen wurde eingebracht, an den Hindernissen ist der Kanzler nicht schuld. Wenn nicht sofort die Auflösung kam, dann ist das zu verstehen, die Regierung muß erst die vorhandenen Mittel erschöpfen, ehe sie zu diesem Schritt greifen kann. Das Ziel wird aber erreicht werden. Das Arbeitsmarktergänzungsprogramm ist gekommen, man wird auch einen Ausgleich finden. Erfreulich ist es, daß der Kanzler sagte, wir sind jeden Augenblick zum Frieden bereit. Das ist es, was notwendig ist. Daß wir unsere Forderungen nicht sofort in alle Welt hinaustragen, kann man verstehen. Wir können deshalb von den Erklärungen des Kanzlers befriedigt sein. Von allen Seiten im Volke wünscht man den Frieden, aber die Feinde zielen darauf hin, uns militärisch zu besiegen. Wir brauchen beides, militärische Siege und diplomatische Erfolge.

Abg. Scheidemann (Soj.):

Es ist bedauerlich, daß diese wichtige Debatte jetzt so kurz vor Kriegsende noch geführt werden muß. Es ist allerdings auch nicht nötig, daß wir schon dieser Tage auseinandergehen, jedenfalls sind wir bereit, noch weiter zu sitzen. Das Ausscheiden des Staatssekretärs von Kühlmann in diesem Moment mühte allenfalls den letzten schlechtesten Eindruck machen. In weiten Kreisen galt sein Ausscheiden als ein Sieg der Eroberungspolitik, denen er unabweisbar war. Mit einer geradezu auffälligen Schnelligkeit hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sofort berichtet: es bleibt alles beim alten. Angesichts dieser Versicherung möchte man sich fragen: Weshalb dann der Wechsel? Uns kommt es wahrlich nicht auf die Person des Herrn von Kühlmann an, sondern lediglich auf die Sache. Seine Rede vom 24. Juni enthält nichts Ueberraschendes. Was ihm übel genommen wird, ist ein Satz, und dieser Satz kommt von Rostke. Kurz nachdem diese Rede in den Berliner Zeitungen gelanden war, plähten auch bereits

die Handgegranaten der Obersten Heeresleitung

in der Konferenz der Pressevertreter. Der Presse wurde direkt verboten, die einzige mögliche Schlussfolgerung aus der Sache zu ziehen. Kühlmann hätte besser getan, wenn er in seiner zweiten Rede zum freiständigen Gegenstoß gegen seine Widersacher ausgeschloß hätte. Statt dessen stehen wir zwei Wochen später vor einer politischen Leiche. Die erste Rede Kühlmanns hat nur auf jene Kreise schloß gewirkt, die sich in eine wahre Eroberungspolitik verrennt haben. Hat denn auch etwa bloß Herr von Kühlmann zweideutig geredet, haben das andere nicht auch gemacht? (Abg. Dr. David: Die Anwesenden nicht; ausgekommen!) Sie stehen aber fast alle heute noch an ihrem Platz. Daß Herr von Sinsge kommt, darf wohl als feststehend betrachtet werden, nachdem er bestimmte Zusicherungen abgegeben hat. Dem Abg. Gröber gegenüber bemerke ich, daß, was wir auf dem Gebiet der inneren Politik erreicht haben, ist in der Tat nur blutwenig. Bei dem jetzigen Wechsel in einer so hohen Stelle, wie es die Leitung des auswärtigen Amtes ist, hat man das Parlament wieder nicht gehört. Wenn wir aber zu einem vernünftigen Frieden kommen wollen, dann muß im Ausland der Glaube gefördert werden, daß in Deutschland Volk und Parlament keinerlei Einfluß haben. Man wird nicht sagen können, daß wir eine rein autoritäre Regierung haben, wie man auch nicht ohne weiteres sagen darf, daß deutsche Volk sei völlig rechtslos; aber wir haben eine Oberste Heeresleitung, die einen ganz überragenden Einfluß ausübt. Die Handgegranate, die in Preußen in der Wahlrechtsfrage getrieben wurde und noch getrieben wird, hat im Ausland den denkbar ungünstigsten Eindruck hervorgerufen; eine sofortige Auflösung des Landtages hätte erfrischend gewirkt und im Ausland das Vertrauen zu uns etwas gestärkt. So aber mußte sich der Gedanke befestigen, daß in Deutschland nur die Militärs entscheiden. Der Reichskanzler hat versichert, sein Kurs bleibe der alte. Er sprach von antreibenden Reden auf der Seite unserer Feinde, hat aber ganz übersehen, daß auf unserer Seite

ausreichende Taten

begangen worden sind. Der Redner bespricht nunmehr die Vorläufigkeit im Osten. Der Kanzler hat vor einiger Zeit erklärt, wir denken nicht daran, uns in Estland und Livland festzusetzen. Entspricht nun aber unser jetziges Verhalten gegenüber diesen Gebieten den Zusicherungen, die damals gegeben worden sind? Welche glänzende Situation hätten wir, wenn wir anders verfahren wären und den Völkern zu dem Volk von Freiheit verholfen hätten, das sie anstreben! Dieses Verhalten steht im Widerspruch zu einer lokalen Durchführung des Vertrages von Brest-Litowsk. Schon die Antwort auf die Papstnote ließ die uns würdevoll erscheinende Klarheit vermissen. Immerhin war der Hinweis auf die Friedensresolution des Reichstages und das Bekenntnis zu ihr zu begrüßen. Redner wendet sich nun der belagerten Frage zu und schlägt: Was wir verlangen müssen ist rückhaltlose Klarheit. Nicht nur unter den Regierungskreisen ist Vertrauen nötig, auch das Vertrauen des Volkes ist ein Faktor, den man nicht außer acht lassen darf. Wir verlangen von der Regierung, daß sie nachdrücklich und wiederholt ein klares Bekenntnis zur Friedensresolution ablegt.

Abg. Fischel (Op.):

Man kann darüber zweifeln, ob die letzten Reden Kühlmanns in allen Teilen geschickt waren, aber er hat vor zum Ausdruck gebracht, daß es auch unseren Gegnern nicht gelingen kann, die Entscheidung allein durch militärische Siege herbeizuführen. Damit hat er dem Ausdruck gegeben, was die Heeresleitung

Französische Teilangriffe am Billers Cotterets-Walde.

Berlin, 11. Juli 1918, abends. Amtlich.
Von den Kampffronten nichts Neues.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 11. Juli 1918. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Tagsüber mäßige Gefechtsaktivität, die am Abend vielfach auslebte. Rüstliche Erkundungskämpfe. Ein stärkerer Vorstoß des Feindes nordöstlich von Béthune wurde abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Lebhafte Feueraktivität zwischen Aisne und Marne. Erneute Teilangriffe, die der Feind aus dem Walde von Billers Cotterets heraus führte, brachten unsere Posten an den Savieres-Grund zurück.

Von einem Geschwader von sechs amerikanischen Flugzeugen, die Coblenz angriffen wollten, fielen fünf Flugzeuge in unsere Hand. Die Besatzungen wurden gefangen.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 11. Juli 1918. Amtlich wiederverlautbart:
Auf dem italienischen Kriegsschauplatz keine nennenswerten Ereignisse.

In Albanien haben sich unsere Truppen in einer neuen Widerstandslinie eingerichtet. Eine im Devoli-Tale vorrückende französische Kompanie wurde abgewiesen.

Der Chef des Generalstabes.

aller vernünftigen Menschen ist. Dem Krieg kann nur durch Verhandlung ein Ziel gesetzt werden. Auf ein Einvernehmen unter den leitenden Stellen ist sicher der größte Wert zu legen, aber das Vorgehen der Obersten Heeresleitung gegen Kühlmann geht weit über das erträgliche Maß hinaus. Ergeben sich Differenzen unter den leitenden Stellen, dann muß versucht werden, durch Verständigung eine Uebereinstimmung zu erzielen. Der Rücktritt Kühlmanns muß im Ausland einen ganz falschen Eindruck erwecken, nachdem die alldeutsche Presse den Herrn v. Sinsge als den Mann ihres Vertrauens gefeiert hat. Wir glauben dem Reichskanzler, daß er keinen Eroberungskrieg will. Solange er davon festhält, ist er unserer Unterstützung sicher. Wir werden abwarten und die Augen offen halten. Trotz der sozialdemokratischen Kritik steht fest, daß doch viel auf dem Gebiet der inneren Politik geschehen ist. Man leitet dem deutschen Volke keinen Dienst, wenn man diese Erfolge verkleinert. In der Wahlrechtsfrage hätte man ein energischeres Eingreifen begrüßt, aber auch die Gründe der Regierung verdienen Anerkennung und wir hoffen, daß sie alles tut, um das Wahlrecht in Preußen durchzusetzen.

Abg. Graf Westarp (L.)

hält die Gründe für den Rücktritt Kühlmanns für durchschlagend. Ueber sein Wirken schon jetzt ein Urteil zu fällen, wäre verfrüht. Mit der inneren Politik des Kanzlers sind wir nicht einverstanden, insbesondere nicht mit seinem Vorgehen in der preussischen Wahlrechtsfrage. Die Konservativen teilen den Standpunkt, daß man zum Frieden bereit sei, aber es sei bedenklich, immer wieder seine Friedensbereitschaft vor aller Welt zu verkünden. Der neue Staatssekretär muß sich bewußt sein, welche Macht im deutschen Volk liegt, und welche Erfolge er, gestützt auf diese Macht, erzielen kann. Die Verhandlungen werden am Freitag fortgesetzt.

Die auswärtige Politik der Sowjetregierung.

Auf dem Sowjetkongreß erstattete Tschitscherin, der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Bericht über die Beziehungen Rußlands zu den Mächten. Nach einigen Sätzen über das gute Verhältnis zu Bulgarien hebt Tschitscherin das Wohlwollen, das die Vereinigten Staaten gegenüber dem Sowjetrußland bekundet hätten, mit Betonung hervor. Während der Propaganda für die Einmischung Japans habe die Stellungnahme der amerikanischen Regierung als das Haupthindernis gewirkt. Am Anluß daron brachte Tschitscherin zum Ausdruck, welche Linie die auswärtige Politik der Sowjetregierung zu gewinnen sucht. Er sagte:

„Parallel zu den mit Deutschland schwebenden Verhandlungen für eine

wirtschaftliche Verständigung

beabsichtigen wir, den Vereinigten Staaten wie auch gleichzeitig Japan ebenfalls eine wirtschaftliche Verständigung vorzuschlagen, ungeachtet der Stimmungsmache in einem Teil der japanischen Presse zugunsten einer Einmischung hoffen wir, auch mit Japan eine Regelung freundschaftlicher Beziehungen herbeizuführen zu können.“

Tschitscherin machte nähere Angaben über die Opfer, die von russischer Seite gebracht werden sollen, um mit Japan in ein gutes Einvernehmen zu gelangen. Er sagte, daß Sibirien immer noch unter der Drohung der fremdländischen Einmischung stehe, gab aber zu erkennen, daß gewisse Vorgänge in Japan — der Sturz des reaktionären Interventionisten Motono — die Hoffnung auf ein Ueberwiegen der Verständigungspolitik in Japan stärken. Tschitscherin legte dar: „Gegenwärtig tobt in Japan ein Kampf zwischen den Vertretern der reaktionären Militärpartei, die es auf einen Konflikt um jeden Preis mit dem russischen Volke absehen, um unsere Schwäche zur eigenen Verherrlichung auszunutzen, und den Vertretern der gemäßigten liberalen Strömungen, denen daran gelegen ist, von uns gewisse Vorteile auf friedlichem Wege zu erlangen, ohne sich aus Rußland einen Feind in der Zukunft zu machen, da sie es vorzuziehen verstehen, daß die Einmischung Japans in russische Angelegenheiten die Entscheidung über die Wechselbeziehungen der beiden Länder und vielleicht über die ganze weitere geschichtliche Entwicklung des fernen Ostens vorwegnehmen könnte.“

Wir sind bereit, den japanischen Staatsangehörigen, deren Bestreben auf eine friedliche Ausnutzung der natürlichen Reichtümer Sibiriens gerichtet ist, einen größeren Anteil an unserem Handels- und Industrieleben zuzugestehen. Wir sind bereit, falls hierzu China seine Zustimmung geben sollte, auf einige unserer Rechte auf einen Teil der ostchinesischen Eisenbahnlinien Verzicht zu leisten und Japan den südlichen Zweig dieser Eisenbahnlinien zu verkaufen, sowie ihm auch andere Erleichterungen zur Einfuhr japanischer Produkte nach Rußland zu gewähren. Wir sind ferner bereit, den Handelsvertrag und die Fischfangkonvention mit Japan zu erneuern, die eine Quelle des Wohlstandes des japanischen Volkes ist, da die russische Fische nicht nur eine der wichtigsten Nahrungsmittel des Japaners sind, sondern auch zur Bewirtschaftung der Reichfelder verwendet

werden. Wir haben die japanische Regierung bereits in Kenntnis davon gesetzt; gegenwärtig findet ein offizieller Meinungsaustausch statt.“

Die Sowjetregierung schlägt mit dieser Politik des Entgegenkommens gegenüber Japan nicht völlige Weite ein, sie spinnt die Fäden weiter, die schon die damals mit Japan verbündete zarische Regierung angeknüpft und zu Vertragsabschlüssen geführt hatte, nur daß die Sowjetregierung, den jetzigen anderen und dringenden Umständen angepaßt, mit vollen Händen bietet, vorgeht.

Daß Frankreich sich gegen die Sowjetregierung feindlich verhält, wird durch Tschitscherins Bericht erhärtet. Die Forderung, den Gefandten Koulens abzuberufen, blieb ohne Antwort, und Koulens hält sich jetzt in Wologda auf, wo bekanntlich die Zentrale der nordrussischen Gegenrevolution ist. Auch die Forderung, die in Frankreich stehenden russischen Truppen zurückzuführen, ist trotz des Wunschens der Soldaten unerfüllt geblieben. Man hat nur die Invaliden heimgeschickt und läßt auf die anderen Zwang aus.

Andererseits immerhin war die Haltung Englands. Eine Zeitlang wenigstens. Die englische Regierung hat, im Unterschied zu dem Verhalten der französischen Regierung, davon abgesehen, ihre Grenzen den Vertretern der Sowjetregierung zu schließen; sie ist vielmehr in geschäftliche Beziehungen zu dem bevolmächtigten Vertreter der russischen Sowjetrepublik, Bürger Litwinow, getreten. Das Recht der Entsendung und des Empfangs von Kurieren und der Benutzung einer Chiffre wurde ihm zugestanden. Aber als am 5. April die Japaner in Vladivostok landeten, war die englische Regierung einverstanden, daß auch fünfzig Engländer gelandet wurden, und dann kam der Fall Murmansk. Als die Sowjetregierung am 14. Juni von England, Frankreich und den Vereinigten Staaten die Entfernung der immer noch in Murmansk liegenden englischen Kriegsschiffe forderte, wurden als Antwort zehn Tage später 1100 Engländer allort gelandet. Die Sowjetregierung forderte deren Entfernung und entsandte Truppen. Tschitscherins Bericht fügt hinzu:

„Für die Sowjetregierung bildet die Wiederherstellung ihrer uneingeschränkten Macht im Murmangebiete eine vitale Notwendigkeit. Wir wenden jetzt unsere Bemühungen dieser Aufgabe zu und hoffen, daß diese schwierige Frage eine befriedigende Lösung finden wird. Eine ernste moralische Stütze erhalten wir von der machtvollen und sich unwiderstehlich vorbereitenden Bewegung der sogenannten Fabrikarbeiter, dieser neuen Form der Massenbewegung der Arbeiterklasse Englands, die zurzeit den höchsten Fortschrittsfaktor in der englischen Arbeiterbewegung bilden.“

Wird diese „moralische Stütze“ zum politischen Faktor werden? Der Kongreß der englischen Arbeiterpartei hat kein Zeichen dafür erbracht, soweit sich bisher aus den Berichten erkennen läßt.

Jedenfalls bezeugen die Erklärungen Tschitscherins, daß die Sowjetregierung eine Entwicklung ihrer ausländischen Beziehungen sucht, die für Deutschland Möglichkeiten birgt, mit denen sich verständigungspolitisch in die Zukunft bauen läßt. Daß Tschitscherin sich über das Verhältnis zu Deutschland eingehender ausgelassen hat, ist anzunehmen. Aber der Bericht des Berliner Bureaus der Petersburger Telegraphenagentur, aus dem wir schöpfen, teilt nichts davon mit. Man erfährt leider auch das Datum nicht, an dem der Bericht Tschitscherins erstattet wurde.

Die Gegenrevolution in Rußland

Der Sowjetaufbruch gegen Streiks.

Der bereits in der Presse erwähnte Aufruf des Exekutivkomitees der Sowjets gegen konterrevolutionäre Bestrebungen, der in den amtlichen Nachrichten der Sowjets vom 2. Juli veröffentlicht wurde, lautet vollständig:

Laut Dekret des Sowjets der Volkskommissare vom 28. Juni gehen alle größeren Fabriken und Werke, alle organisierten Produktionskräfte des Landes in die Verwaltung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik über.

Damit wird den organisierten Kräften der Arbeiterklasse und den Gewerkschaftsverbänden eine neue große und wichtige Arbeit aufgelegt. Unter der Leitung des Sowjets für Volkswirtschaft müssen, nach Verordnung des Allrussischen Kongresses der volkswirtschaftlichen Sowjets, neue Verwaltungsorgane für die Unternehmungen geschaffen werden. Ueberall unter neuer Führung die Arbeitsdisziplin einzuführen, werden die Arbeiter die Produktionskräfte des Landes heben und der wirtschaftlichen Zerrüttung ein Ende bereiten.

Unter solchen Umständen muß jede Arbeitseinstellung, jeder Streik als Verrat an der Sache der Arbeiterrevolution betrachtet werden. Wer dazu auffordert, arbeitet für die Sache der Feinde der proletarischen Revolution, hilft dem Kapital in seinem Kampf für die Wiederherstellung der Macht, verzögert den Hunger und die Zerrüttung.

Die Sitzung der vereinigten Vertreter der Fabrik- bzw. Werkskomitees der Stadt Moskau, der gewerkschaftlichen Organisationen und des Moskauer Sowjets der Arbeiterdeputierten und der Deputierten der Roten Garde erklärt alle Arbeiter, die in den gegebenen Verhältnissen die Arbeit einstellen, als Abtrünnige der Arbeiterbewegung und liefert sie dem Gericht des internationalen Proletariats aus.

Die Zeit ist gekommen, wo die Arbeiterklasse das Recht hat, von den Arbeitern jedes Unternehmens, jedes Berufes zu erwarten, daß sie im Interesse der allgemeinen proletarischen Sache nicht ihre Gruppeninteressen, sondern die Interessen der ganzen Arbeiterklasse in den Vordergrund stellen werden. Andererseits erklärt die Sitzung der vereinigten Vertreter im Namen der Arbeiterklasse und ihrer Zentralorganisationen, daß die Interessen aller einzelnen Gruppen von Arbeitern, darunter auch die der Eisenbahner, mit allen Mitteln geschützt werden sollen.

Die Konterrevolution wird vor keiner verstellten Gewalttätigkeit, vor keiner Provokation, die die Einstellung des Eisenbahnverkehrs hervorrufen könnte, zurückweichen. Diese Einstellung des Bahnbetriebs braucht die Konterrevolution. In diesem Falle, wie in allen anderen, bedient sich die Konterrevolution der Porten der Menschewiki und der Rechten Sozialrevolutionäre.

Zusammen mit den Eisenbahnern muß die Arbeiterklasse allen Provokationen, die den Streik auf der Eisenbahn und in anderen Produktionszweigen hervorrufen sollen, ein Ende machen.

Es lebe die Sowjetregierung, es lebe die internationale Revolution!

Moskau, 9. Juli. Die Presse meldet: In den nächsten Tagen wird die Ankunft des englischen Vizekonsuls Buchanan in Wologda erwartet. Am 8. Juli hat hier eine Versammlung aller Kriegskommissare und Leiter der Militärabteilungen der Sowjets stattgefunden. Der Oberste Kriegs-Sowjet wird

Umsatzsteuer und Branntweinmonopol im Reichstag.

180. Sitzung. Donnerstag, den 11. Juli, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundestisch: Graf Noebern.

Die zweite Lesung der Steuerergänzung wird fortgesetzt bei dem Umsatzsteuergesetz.

Der Ausschuss hat die Besteuerung der Leistungen der freien Berufe gestrichen und nur gewerbliche Leistungen der Steuer unterworfen. Besondere Befreiungen sind für Genossenschaften vorgesehen. Die Steuer auf Luxusgegenstände hat der Ausschuss in der ersten Lesung auf 20 Proz. erhöht, in der zweiten wieder auf 10 Proz. herabgesetzt. Von der Luxussteuer nicht betroffen sind Gegenstände des öffentlichen Interesses, insbesondere solche für kirchliche und wissenschaftliche Zwecke. Jedem Bundesstaat wird von der jährlichen Einnahme in seinem Gebiet eine Erhebungsverteilung von 10 Proz. und außerdem noch ein Beitrag von 5 Proz. gewährt, jedoch nicht mehr als jährlich 20 Millionen Mark, die die Bundesstaaten an solche Gemeinden zu verteilen haben, die für die Lebensmittelerzeugung Einrichtungen treffen. Die Umsatzsteuern in den Bundesstaaten und Gemeinden müssen bei Inkrafttreten des Gesetzes aufhören.

Die Beratung beginnt bei § 1, der festsetzt, daß der Umsatzsteuer die im Inland ausgeführten Lieferungen und Leistungen solcher Personen unterliegen, die eine selbständige gewerbliche Tätigkeit ausüben.

Abg. Meerfeld (Soz.):

Es handelt sich hier um die einschneidendste der neuen Steuern, unter der gerade die minderbemittelten Schichten außerordentlich zu leiden haben werden. In den Ausnahmen von der Steuer bitten wir dringend, auch die Rohlen mit aufzunehmen, deren Verkauf ja heute bereits mit einer besonderen Steuer von 20 Proz. belastet ist. Die Bestimmungen über die Entnahme aus eigenem Betrieb, die steuerfrei bleibt, werden dahin führen, daß eine große Anzahl von Landwirten die Steuer nicht zu zahlen haben werden. Das muß ungemein aufreizend wirken. Eine ganz besondere Härte ist, daß einer Steuer von 5 vom 1000

auch die Lebensmittel

unterliegen sollen. Wir beantragen, für Getreide- und Getreidefabrikate, für Milch, Butter, Kartoffeln, Gemüse, Fleisch und Fett die Steuer auf 1 vom 100 herabzusetzen und werden über diesen Antrag namentliche Abstimmung verlangen. Der Gedanke der Luxussteuer ist zweifellos gesund und meine Partei ist für die schärfste Derangierung jedes überflüssigen Aufwandes zu haben. Und eine gut ausgearbeitete, besondere Vorlage über Luxussteuern würde unsere Zustimmung finden. Diese Vorlage aber erregt unsere höchsten Bedenken: Sie öffnet dem Schmutz die Tür und Tür. Die beste Luxussteuer wäre allerdings eine ganz rückwärtslose Einkommensteuer. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die mangelhafte soziale Durchbildung des Gesetzes zeigt die Bestimmung, daß nur Selbständige zur Steuer herangezogen werden. Der Leiter eines großen industriellen Betriebes, der etwa 100.000 M. Einkommen hat, bleibt also von der Steuer veront. Wir erkennen gern an, daß in der Vorlage verschiedene Verbesserungen gemacht sind, aber sie reichen bei weitem nicht aus, unsere schweren Bedenken gegen ihren sozialalen und volkswirtschaftlich schädigenden Charakter zu zerstreuen. Das Gesetz ist der Anfang einer allgemeinen Produktionssteuer, das Bedenken eines Artweges, auf dem meine Freunde nicht mitgehen können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Waldstein (Sp.): Unsere Bedenken haben wir schon in der ersten Lesung dargelegt. Trotzdem noch manche Bedenken bestehen geblieben sind, werden wir dem Gesetz zustimmen. Eine bedeutende Verbesserung ist ja, daß entsprechend einer Eingabe des Reichstages Berliner Journalisten die freien Berufe aus dem Gesetz herausgelassen sind, da es sich hier um eine Warenumsatzsteuer handelt.

Abg. Bernstein (U. Soz.): Für uns ist der Gesetzentwurf wegen seiner die Volkswirtschaft schädigenden Wirkung unannehmbar. Den Landwirten ist eine weitgehende Umgehung der Steuer möglich gemacht worden.

Abg. Neumann-Hofer (Sp.) erklärt sich gegen die Herabsetzung der freien Berufe aus dem Gesetz. § 1 wird angenommen; desgleichen § 2, unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages auf Herabsetzung der Umsätze von Rohlen, Reis und Braunkohle. Bei § 3 beirätet

Abg. Reil (Soz.) einen Antrag, die Betriebe der Gemeinden zur Lieferung von Gas, elektrischem Strom und Wasser von der Steuer freizulassen.

Abg. Waldstein (Sp.) erklärt sich gegen diesen Antrag. Unter Ablehnung dieses Antrages wird § 3 angenommen. Bei § 4 beirätet den Abg. Anzeil und Gen. (Soz.) die Steuer für Getreide, Getreidefabrikate usw. auf 1 vom 1000 herabzusetzen, und hierüber namentlich abzustimmen.

Der Antrag wird mit 171 gegen 114 Stimmen abgelehnt. § 8 wird in der Fassung der Kommission angenommen.

§ 9a sieht eine besondere Besteuerung von Unternehmungen vor, die in Wirklichkeit mehr wie einen Geschäftskreis betreiben. Hierzu liegt ein Kompromißantrag der verschiedenen Parteien vor, der auch dem Bundestag eine Befreiung von dieser Steuer gestattet.

Abg. Feuerstein (Soz.) wendet sich gegen den § 9a und den Kompromißantrag, durch den auch die Konsumvereine, die doch so nützlich für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln tun, schwer geschädigt werden, wenn sie noch Bäckerei oder Fleischerei betreiben. Mindestens müßte in solchen Fällen der Bundestag von der Bestimmung Gebrauch machen, sie von der Steuer freizulassen.

Abg. Göttsch (Sp.): Das letztere liegt allerdings im Sinne der Antragsteller, und ich bitte um eine entsprechende Erklärung vom Regierungsrat.

Schatzsekretär Graf Noebern: Auch nach meiner Auffassung wird in den vom Vordredner genannten Fällen die Befreiung von der Steuer durch den Bundestag eintreten. Der Kompromißantrag wird angenommen. Es folgt die

Steuer auf Luxusgegenstände.

Abg. Bernstein (U. Soz.): Der Luxus ist etwas sehr Relatives. Nur die Verhältnisse des Krieges können und dürfen, ihr nicht absolut ablehnend gegenüberstehen. Doch sollten einige Mißbräuche in die Kommissionsbeschlüsse eingefügt werden, § 9 sollten Taschenrechner erst wenn sie 150 M. kosten, der Steuer unterliegen.

Abg. Zimmermann (natl.) tritt für Freilassung der Rüstinstrumente (Klaviers und Harmoniums) von der Steuer ein. Die Kommissionsbeschlüsse werden angenommen.

Steuerberechnung und Verfahren.

Nach § 17 ist der Steuerpflichtige verpflichtet, der Steuerstelle die auf Nachprüfung seiner Erklärung erforderlichen Auskünfte zu geben.

Ein zweiter Antrag besagt, daß auch die Angestellten des Steuerpflichtigen zur Auskunft verpflichtet sind.

Abg. Waldstein (Sp.) beantragt, den zweiten Absatz zu streichen. Die Angestellten können als Zeugen vernommen werden. Ministerialdirektor Schiffer: Wir müssen alle Mittel anwenden, die uns zur Verfügung stehen, um Steuerhinterziehungen zu verhindern.

Abg. Dr. Pfleger (B.) tritt für den Antrag Waldstein ein.

Der Antrag Waldstein wird angenommen.

Nach Abf. 5 des § 30 dürfen Warenumsatzsteuern der Bundesstaaten und Gemeinden vom April 1918 ab nicht weiter erhoben werden und nach Inkrafttreten des Gesetzes neue Umsatzsteuern von Bundesstaaten und Gemeinden nicht eingeführt werden.

Abg. Raden (B.) wendet sich gegen diesen Absatz, der einen unzulässigen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten bedeute, und beantragt, statt dessen zu beschließen, daß von Unternehmen, die vorwiegend notwendige Lebensmittel betreiben, von diesen Waren durch Einzelstaaten und Gemeinden eine Umsatzsteuer nicht erhoben werden darf.

Abg. Reil (Soz.) tritt für den Beschluß der Kommission ein. Das Deutsche Reich ist eine Wirtschaftseinheit. Die Doppelbelastung solcher Steuern würde auch die Verbraucher doppelt belasten. Im übrigen geht Reichsrecht über Landesrecht. Für den Fall der Ablehnung dieses Absatzes beantragen wir, daß jedenfalls von Unternehmen, die vorwiegend notwendige Lebensmittel betreiben, in Zukunft von Einzelstaaten und Gemeinden überhaupt keine Umsatzsteuern mehr erhoben werden dürfen. Wir haben hier vor allem die Arbeiterkongressvereine im Auge.

Abg. Schiele (L.) spricht für Streichung des Abf. 5.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Schiele (L.), Dr. Jund (natl.), Warwitz (D. B.), Bernstein (U. Soz.) wird der Antrag Raden angenommen.

Das Gesetz soll mit dem 31. Dezember 1928 außer Kraft treten. Abg. Bernstein (U. Soz.) begründet einen Antrag, das Gesetz statt dessen ein Jahr noch freibewilligt außer Kraft zu setzen. Dieser Antrag wird abgelehnt, der Rest des Gesetzes in der Kommissionsfassung angenommen.

Das Gesetz über die Steuerflucht wird debattelos angenommen, ebenso das Gesetz über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes.

Hierauf wird in die Debatte über das

Branntweinmonopol

eingetreten, doch sollen heute keine Abstimmungen mehr stattfinden, sondern nur allgemeine Ausführungen zu § 1 gemacht werden.

Abg. Schwarze-Bippstadt (B.) bleibt auf der Tribüne unberührt.

Abg. Breh (Soz.):

Meine politischen Freunde sind an und für sich einem Verbrauchs- und Herstellungsmonopol nicht abgeneigt, halten es vielmehr für ein erprobtes Mittel. Aber das Branntweinmonopol bringt den Verbrauchern eine ungeheure Belastung des Genußes, des gewerblichen Lebens, Erschwerung der Krankenpflege und des technischen Fortschritts. Unsere Bemühungen im Ausschuss, das Monopol auch zu einem Herstellungsmonopol zu gestalten, sind leider vergeblich gewesen. Bei ihrer Ausichtslosigkeit werden wir die dahingehenden Anträge im Plenum nicht wiederholen, wohl aber die Anträge Albrecht, die darauf abzielen, unterzügen. Wir haben mitgearbeitet an den Versuchen, aus den Mitteln des Monopols die Branntweinsteuer zu bekämpfen; die Organisationen, die dies tun, sind die Jugendorganisationen, die Arbeiterportvereine, die Gewerkschaften und nicht zuletzt die Sozialdemokratische Partei. Aber gerade weil wir diese Organisationen kräftig unterstützen, können wir den Branntwein nicht so ungeliebt verteilen. Daraus würden auch die meisten Heilmittel stark verteuert werden. Mindestens müßten dann die Krankenkassen vor der Verteuerung geschützt werden. Der technische Fortschritt würde heute schon gestoppt, bei der Erzeugung von Spiritus und Essigsäure auf Karisstein, Getreide, Rüben zu verzichten, die dann der menschlichen Ernährung erhalten bleiben. Dem Ausbau dieses Verfahrens stehen die Interessen starker Kreise entgegen. Wir wollen den Verbrauchern und dem technischen Fortschritt einen Einfluß durch die Zusammenziehung des Verbrauchs sichern. Leider verhindern das starke Einflüsse bestimmter Schichten. In der Schweiz, in Norwegen stellt man Spiritus auf den neuen technischen Grundlagen her, der der Industrie entsprechend billig zur Verfügung gestellt werden kann. Wird der Spiritusindustrie durch das Monopol jedes Risiko genommen, so müßte man auch an die Sicherstellung der Angestellten und Arbeiter denken. Aber der Ausschuss hat alle unsere dahingehenden Bestrebungen abgelehnt. Wir können daher diesem Monopol unsere Zustimmung nicht geben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Barwinckel (natl.): Die Klagen über die Zwangsbewirtschaftung beweisen, daß der Monopolgedanke an Beliebtheit nicht gewonnen hat. Man kann sie höchstens als kleineres Uebel akzeptieren. Aus solchen Zweckmäßigkeitsgründen stimmen wir dem Branntweinmonopol zu.

Abg. Scheff (Sp.) meint, daß seine Freunde nur mit schwerem Herzen für das Monopol stimmen könnten, weil dadurch viele selbständige wirtschaftliche Größen geschädigt würden.

In der weiteren Debatte über den § 1 lehnt Abg. Wurm (U. Soz.) das Monopol ab. Die Vermittler der Ämten werden wiederum am stärksten angepowert. Das Monopol verschlechtert die bisherigen Zustände.

Reiztag 1 Uhr: Keine Anträge; Weiterberatung des Gesetzes über die Reichstagswahlkreise und die Verhältnismahl; eine Reihe von Abstimmungen; dritte Beratung sämtlicher Steuerentwürfe.

Schluss: Gegen 9 Uhr.

Groß-Berlin

Die fleischlosen Wochen

sind nunmehr zeitlich festgelegt. Sie fallen auf den 19.—25. August, 9.—15. September, 29. September bis 6. Oktober und 20.—27. Oktober. Gleichzeitig erfolgt in der zweiten Augusthälfte die Stärkung der Fleischration auf 200 Gramm für die Städte mit über 100.000 Einwohner. Die kleineren Städte sollen noch mehr verkürzt werden.

Das Berliner Brot.

Unser Artikel in Nr. 184 hat uns eine Menge zustimmender Kundgebungen aus allen Kreisen der Berliner Bevölkerung eingetragen. Der Berliner Magistrat freilich ist der Meinung, daß ein Grund zum Mißvergnügen nicht vorliegt. Er sendet uns längere Ausführungen, denen wir die Lattache entnehmen, daß die Abteilung für Brotversorgung das Berliner Brot alle zehn Tage auf seinen Wassergehalt untersucht und die Bäcker, deren Erzeugnisse eine bestimmte Höchstmenge des Wassergehalts überschreiten, zunächst verwarnet und in Wiederholungsfällen durch Entziehung der Wechsellieferung bestraft. Auch ist vor einiger Zeit eine Studienkommission unter der Leitung des Berliner Stadt-Physiologen in eine Reihe größerer Städte entsandt worden, welche festgestellt hat, daß das Berliner Brot noch mit in erster Reihe steht. Es scheint, daß diese Studienkommission in der Auswahl der von ihr besuchten Städte keine glückliche Hand gehabt hat, sonst hätte sie zu einem Resultat kommen müssen, das für die Berliner Kommunalverwaltung weniger schmeichelhaft, für die Berliner Bevölkerung aber vorteilhafter gewesen wäre, indem es den Herren die Augen dafür geöffnet hätte, daß die Berliner Methode der Brotversorgung schlechterdings nicht länger aufrecht erhalten werden könne. Aus einer reinlichen Stadt wird uns von einem Sachverständigen zu dem Thema folgendes geschrieben:

Die Klagen über das Berliner Brot sind nicht erst seit diesem Jahre vollauf berechtigt, sie haben die Fachorganisationen schon

seit Jahren beschäftigt und wenn immer eine Kommission aus dem Westen die Brotversorgung in Berlin untersucht, um festzustellen, ob eine höhere Ausbeute möglich ist, kommt sie mit einem Urteile nach Hause, das für die Berliner Stadtverwaltung nicht schmeichelhaft ist. Tatsächlich wird wohl nirgends so wasserreiches Brot hergestellt wie in Berlin. Da sind wir Provinzler ein erheblich Stück weiter. Vielleicht interessiert es zu wissen, wie die Verwaltung in Aachen die Brotversorgung organisiert hat. Hier sind 30 Betriebe mit der Herstellung des Brotes betraut, alle anderen Betriebe sind geschlossen. Die Hersteller dürfen kein Brot verkaufen. Die geschlossenen Betriebe und die reinen Profifaktoren betreiben den Verkauf. Die Vadbetriebe müssen aus jedem Sad Mehl durchschnittlich 184 Kilo Brot erzielen, wovon 131,5 Kilogramm durch Marken nachzuweisen sind, während der überflüssige Teil als Differenz verbleibt. Auf 400 Brote werden an die Verkaufsstellen 6 Freibrote geliefert. Ferner erhalten die in den Vadbetrieben Beschäftigten durchweg pro Tag ein Pfund extra. Herstellung und Verkauf wird vom Vorstand der Bäckervereinigung überwacht. Ein Vadbetrieb wird für Rechnung der Jannung als Verkauf- und Mästerbetrieb geführt. Gaben Vadbetriebe aber minderwertiges Mehl zu Aachen, so kommt solches in den Verkaufsbetrieb, und erweisen sich dort die Klagen als begründet, so erfolgt Abhilfe. Sind die Klagen nicht begründet, so ist es Sache des Aachener Betriebes, für einwandfreies Brot zu sorgen oder des Ausschusses als Vadbetrieb gewärtig zu sein. Wir haben im zweiten und dritten Kriegsjahr vielfach berechtigte Klagen über das Brot gehabt, seit aber die jetzige Organisation durchgeführt ist, sind sie nahezu vollständig geschwunden und wir können heute, ohne uns zu rühmen, erklären, daß Aachen im allgemeinen ein ausgezeichnetes gutes Brot hat. Stadtverwaltung, Lebensmittellieferung und Bäckervereinigung haben in nachdrücklichster Weise auf die Erzielung eines guten Brotes hingearbeitet und sind auch vor härtesten Maßnahmen nicht zurückgeblieben, um ihren Willen durchzuführen. Der Erfolg hat bewiesen, daß jede Gemeinde ein gutes Brot erzwingen kann, wenn sie die richtigen Mittel anzuwenden und alle Nebeninteressen auszuscheiden weiß. Dabei hat dieses System eine sparsame Wirtschaft ermöglicht, so daß die Stadt im Laufe der Zeit erhebliche Mengen Mehl den Einwohnern als Ersatz für fehlende Kolonialwaren zuführen konnte. Wenn das in Aachen, der „dunklen“ Stadt möglich ist, sollten die „hellen“ Berliner es doch sicher fertig bringen. Die Berliner Stadtart — Brot löse geschaffen — ist für Wasser sehr zugänglich und die Stärkung der Mehlration unter 75 Kilo für 100 Kilo Brot drängt nach derselben Seite. Aus Wasser läßt sich eben kein Brot backen, und wo der feuchten Butat zuziel ist, kann kein Brot hergestellt werden, das als beförmlich bezeichnet werden kann.

Keine Erhöhung der Frühkartoffelpreise.

Das Kriegsernährungsamt teilt mit, daß eine Erhöhung der Preise für Frühkartoffeln über die in der Verordnung vom 9. März 1918 vorgesehene Höchstgrenze von 10 M. hinaus nicht beabsichtigt ist, zumal in wenigen Tagen mit der reichlicheren Anfuhr voll ausgereifter Frühkartoffeln gerechnet werden könne. Der Preis dürfte sich im Kleinhandel auf 15 Pf. stellen.

In Gastwirtschaften werden vielfach neue Kartoffeln zu sehr hohen Preisen auf die Speisekarte gesetzt. Die Werte suchen sich zu jedem Preis die begehrte Frühkartoffel zu verschaffen und verteilen so die ländliche Bevölkerung, noch nicht ausgereifte Kartoffeln auszugeben. Daher tritt das Kriegsernährungsamt gegen diese Gastwirte scharf auf und die Kommunalverbände suchen eine frühzeitige Kartoffelbuddel zu verhindern. Nur den Raubkolonisten wird hier und da gestattet, Kartoffeln frühzeitig auszugeben, wenn die Anbaufläche 200 Quadratmeter nicht übersteigt. Das konnte geschehen, weil die Ernte dieser Kriegsbauern sowieso nicht in den Wirtschaftsplän einbezogen ist.

Ganz ohne Kartoffeln!

Was wir mit dieser Ueberschrift vor einigen Tagen aus dem Stadtteil Gesundbrunnen meldeten, wird jetzt durch eine Klage aus dem Stadtteil Wedding bekräftigt. Auch dort ist es vorgekommen, daß die ganze Woche hindurch gar keine Kartoffeln beim Händler zu haben waren. Eine Frau, die nicht völlig ohne Kartoffeln bleiben wollte, fuhr zu der Berliner Kartoffelverorgungsstelle in der Schillerstraße und trug ihre Beschwerde vor. Der weite Weg, den sie sich wegen der paar Pfund Kartoffeln gemacht hatte, war vergeblich. An der Kartoffelverorgungsstelle antwortete man ihr, bis Sonntag müßte sie ihre Kartoffeln erhalten; aber mit dieser Versicherung war ihr nicht geholfen. Der Händler, habe, schreibt sie uns, an den letzten Tagen der Woche seinen Laden gar nicht mehr aufgemacht. Die Kundin, die „Kartoffeln erhalten müßte“, mußte dann tatsächlich ganz auf sie verzichten. Wir begreifen die Erregung, in der sie uns darüber berichtet.

Berliner Lebensmittel.

Da jetzt mit dem Beginn der inländischen Frühkartoffelernte gerechnet werden darf, ist in Aussicht genommen, für die Woche vom 15. bis 21. Juli drei Pfund Kartoffeln zur Verteilung zu bringen. Für die ausstehenden 4 Pfund Kartoffeln werden in der nächsten Woche 400 Gramm Hülsenfrüchte verabfolgt werden. Das Nähere ergeht der Anschlag an den Säulen.

Der Magistrat bittet uns darauf hinzuweisen, daß die in diesen Tagen in geringen Mengen neben anderen Hülsenfrüchten zur Verteilung kommenden Pelusken schon in Friedenszeiten in manchen Teilen Deutschlands ein beliebtes Nahrungsmittel bildeten. Die Pelusken sind wie andere Hülsenfrüchte zubereiten, insbesondere sind sie vor dem Kochen mehrere Stunden gut einzuweichen.

Die späte Belieferung der Konsumgenossenschaft.

Der Berliner Magistrat hat für seine Nahrungsmittelabteilung bestritten, daß die Konsumgenossenschaft später als private Händler beliefert worden sei. Zu seiner Angabe, die Nahrungsmittelabteilung habe den mit der Verteilung betrauten Großhändlern schriftlich Auftritte mit Bedarf angegeben, erfahren wir jetzt, daß bei der Konsumgenossenschaft eine solche Zuschrift nicht eingegangen ist. Sonst wäre mit Freuden und sofort die Ueberlassung von Futtermittel beantragt worden; so aber war die Konsumgenossenschaft genötigt, mit dem ihr zur Verfügung stehenden geringen Futtermittel unter Heranziehung gemieteter Wagen die ihr zugewiesenen Waren vom Ostbahnspeicher abzuholen. Bei der Abfertigung gab es dann infolge starken Andranges eine mehrstündige Verzögerung, so daß von sechs Wagen, die für die Konsumgenossenschaft zur Warenabholung mittags zwischen 2 und 3 Uhr eintrafen, abends um 7 Uhr erst zwei beladen waren. In diesem Abend fuhren die anderen vier Wagen leer davon, weil sie von morgens 6 Uhr unterwegs waren und die Besitzer sich weigerten, noch länger zu warten. Wir müssen hier doch die Frage aufwerfen, ob nicht Einrichtungen getroffen werden können, die eine reichere Abfertigung ermöglichen. Die Konsumgenossenschaft mußte die vier Wagen, die vergeblich zur Warenabholung nach dem Speicher gekommen waren, selbstständig voll bezahlen. Solche sehr bedrückenden Dinge sind zurückzuführen auf die Erschwerungen der Kriegszeit, unter denen die Konsumgenossenschaft ebenso wie jeder Händler zu leiden hat. Wie zahlreich und groß sie sind, davon kann der Außenstehende sich keine nur annähernd richtige Vorstellung machen. Aus ihnen erklären sich auch die anderen Verzögerungen, über die uns in jüngeren von Mitgliedern der Konsumgenossenschaft aus Charlottenburg und Dönhofsberg noch Klagen zugegangen sind.

Seifenverföorgung.

Der Berliner Magistrat beröffentlicht eine Bekanntmachung über die Abänderung der Bestimmungen über die Veröorgung der Bevölkerung mit Seife...

Ein Sieg der Bodenspekulation.

Wie die Charlottenburger 'Neue Zeit' erfährt, ist die Aufstellung von Bebauungsplänen für Nord-Charlottenburg und Nord-Westend...

Man wird sich erinnern, mit welcher Energie die Bodenspekulanten von Nord-Westend gegen jene Bauordnung Sturm liefen...

Eine Erhöhung der Druckpreise um weitere 25 Prozent mit Wirkung vom 1. August...

Beim Volkshaus Schillingstraße wird voraussichtlich am Montag, den 15., morgens 8 Uhr...

Ein Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet heute in der Philharmonie...

Die Vorkämpfer der Philharmonie, 'Apencker Str. 90/97', bringen vom 12. bis 18. das Zimmer 'Der fremde Gäst', den Detektivroman 'Das Konstantin'...

Sarrasinhallspiel im Jirad-Geschäft. Sonntag finden zwei Vorstellungen statt...

Unbekannte Leiche. Am 4. Juli wurde aus dem Tegeler See die Leiche eines anscheinend dem Kaufmanns- oder besseren Handwerkerstandes angehörenden Mannes...

Die Vorkämpfer der Philharmonie, 'Apencker Str. 90/97', bringen vom 12. bis 18. das Zimmer 'Der fremde Gäst', den Detektivroman 'Das Konstantin'...

Panlow. Käseverkauf. In den bekannten Geschäften gelangt gegen Abtrennung des Bezugs- und Dichtungsdienstes 118 von der Panlower Lebensmittelkarte ein halbes Dutzend Käse zum Verkauf...

Kleinhandl. Marmelade. Auf Abschnitt 86 der Lebensmittelkarte Groß-Berlin wird 1 Pf. Marmelade zum Preise von 92 Pf. abgegeben...

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Tellow. Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 13. d., abends 8 Uhr, bei Wihl Sonow, Berliner Straße 16...

Soziales.

Das Oberversicherungsamt Groß-Berlin.

Die durch die Reichsversicherungsordnung eingeföhrten Oberversicherungsämter sollen für jeden Regierungsbezirk die Zentralstellen für Angelegenheiten der Arbeiterversicherung sein...

Unter den 88 preußischen Oberversicherungsämtern hat das für Groß-Berlin die umfangreichste Tätigkeit zu entfalten...

Ein anderes Bild gibt die Erledigung der 'Spruchsachen'. Das sind solche, in denen es sich um Unterfügungen und Rentenansprüche der Versicherten oder ihrer Hinterbliebenen handelt...

Aus dem Bericht ist nicht ersichtlich, wie sich die Sachen auf die einzelnen Versicherungszweige verteilen. Die allgemeinen Beobachtungen ergaben aber, daß gegenüber den letzten Friedenszeiten eine Abnahme der Geschäftsbelastung der Oberversicherungsämter eingetreten ist...

erheblich abgenommen. Das ist eine Folge der zahlermäßigen Abnahme der Betriebsunfälle. Die Zahl der Streitigkeiten aus der Krankenversicherung ist nur sehr bescheiden.

Aus aller Welt.

Bestrafung wegen Mietwuchers.

Kiel, 10. Juli. Raum ist die Verordnung gegen unerlaubte Mietsteigerungen ergangen, müssen sich auch schon zum Überhandnehmen vor Gericht verantworten...

Briefkasten der Redaktion.

A. Nichtenberg. Das Urteil wird nicht zugestimmt. Sie müssen es extra beantragen. Beachtung ist übrigens nicht nach Zustellung des Urteils...

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metalarbeiter. (G. a. G.) Hamburg. Filiale Baumhäuserweg. Den Mitgliedern, welche in Treptow wohnen...

Arbeiter-Samaritaner-Bund Kolonne Groß-Berlin. Montag, den 15. abends 8 1/2 Uhr, in Schönlager, Königsgraben 2: Vortrag nach dem Vortrage praktische Verhandlungen...

Wasserhandelnachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand am, 9., 10., and 11. It lists water levels for various locations like Wemel, Wregel, Weichsel, Cder, Werthe, Rega, Elbe, and others.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Hiernächst warm, zunächst trocken und vielwolkig...

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Kadolterin Helene Hartung...

Helene Hartung. Witw. Berber Str. 21 am 5. Juli gestorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. Juli, nachmittags 3 Uhr...

Emil Richter. Jasmunder Straße 19 am 6. Juli gestorben ist. Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 13. Juli, nachmittags 4 Uhr...

Willy Koppe. Soldiner Str. 13 am 3. Juli gestorben ist. Ihre ihrem Andenken! 114/20 Die Ortsverwaltung.

Nachruf. Den Mitgliedern fernher zur Nachricht, daß unser Kollege, der Uhrmacher Wilhelm Koppe...

Felix Seefeldt. Am 13. d. 18 aus diesem Pflanzgarten zum Döfer gefallen ist. 1834 In tiefer Bahmut Für die trauernden Eltern und Brüder: Hugo Seefeldt.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands. Zahlstelle Berlin und Umgebung, Bezirk 16. Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied Ernst Tiller...

Ernst Tiller. am 9. Juli am Herzschlag verstorben ist. Ihre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 13. Juli, nachmittags 5 Uhr...

Gefangenver. Freiheitsklänge (H. d. H.-S.-D.). Die traurige Nachricht, daß unsere liebe Gesangsleiterin Wally Heyder...

Wally Heyder. im blühenden Alter von 18 Jahren nach kurzem Krankenlager sanft entschlafen ist. Ihre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 13. Juli, 4 1/2 Uhr...

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Tochter, Großtochter, Schwester und Braut Wally Heyder...

Wally Heyder. am 9. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, nach kurzer Krankheit im 18. Lebensjahre sanft entschlafen ist. Dies zeigt tiefbetrübt im Namen der Hinterbliebenen an Wihlwa Seria Heyder. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 13. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr...

Nachruf! Am 6. Juli verstarb mein fleißiger, treuer Mitarbeiter, der Geometer Otto Kranitzki. Fast bis zum letzten Tage ging er seiner Tätigkeit nach...

Minna Artner geb. Rowad im noch so tüchtigen Alter von 61 Jahren. 2000 Dies zeigen an in tiefer Traurigkeit Wilhelm Artner nebst Kindern und Enkelkindern...

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Tochter, Großtochter, Schwester und Braut Wally Heyder...

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Tochter, Großtochter, Schwester und Braut Wally Heyder...

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Tochter, Großtochter, Schwester und Braut Wally Heyder...

Frau Marie Wehmeyer. Wilmersberg, Mozartstr. 10. Im Auftrage aller Hinterbliebenen Albert Wehmeyer. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 13. Juli, nachmittags 3 Uhr...

Deutscher Buchbinder-Verband. (Zahlstelle Berlin.) Unseren Mitgliedern zur traurigen Nachricht, daß unser Mitglied, die Buchbinderin Charlotte Burkhardt...

Charlotte Burkhardt nach langem Leiden verstorben ist. 23/7 Ihre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. Juli, nachmittags 3 Uhr...

Wir kaufen gebrauchte Bindfaden Zelluloid-, Film-, Hartgummi-, Wachs- und Schallplatten...

Univerfal-Verleghaus. Markt, Buchhandlung, Verlagsbüro, Lindenstraße 3 (Laden).

Gegründet 1876. Möbelfabrik Rob. Seelisch. BERLIN O 112, Rigauer Str. 71-73a empfehle gute preiswerte Möbel...

Möbelfabrik Rob. Seelisch. BERLIN O 112, Rigauer Str. 71-73a empfehle gute preiswerte Möbel. Einrichtungs in jeder Preislage...

Große Bureauräume Lindenstraße 3 Vorderhaus 1. Etage sofort zu vermieten. Spezialarzt Dr. med. Laabs. Dr. med. Hasché.

Spezialarzt Dr. med. Laabs. Dr. med. Hasché. Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahn. Behandl. von Syphilis, Gonor., Frauenleiden...

Möbelfabrik Rob. Seelisch. BERLIN O 112, Rigauer Str. 71-73a empfehle gute preiswerte Möbel. Einrichtungs in jeder Preislage...

1000 Verdienstmöglichkeiten. bieten sich täglich dem, der es versteht, sein Wissen den Anforderungen der Gegenwart anzupassen...

Rasche und gründliche Ausbildung. ohne Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung des Einzelnen...

Bonnes & Hachfeld, Potsdam, Postfach 224.

Bonnes & Hachfeld, Potsdam, Postfach 224.

Bonnes & Hachfeld, Potsdam, Postfach 224.

In Freien Stunden. Romane und Erzählungen für das erbetende Volk. Preis 15 Pf. Buchhandlung Borworts Berlin S.W., Lindenstr. 3

Dem Schmerzskinde Kino.

Von Ferd. Ebenarius.

Der Herausgeber des „Deutschen Willen“ bringt im ersten Juliheft seiner Feuilletons Betrachtungen über das Kino, die uns sehr beachtenswert scheinen. Wir geben sie gekürzt wieder.

Das Kino gibt ein laut- und farbloses Bild bewegter Wirklichkeit. Zunächst also: kein Bild ist es. Hier ist eine Technik fürs Auge, keine fürs Ohr. Diese Stummheit bedeutet so wenig einen ästhetischen Mangel der Technik, wie die Stummheit der Malerei. Das unzerstörte Bewußtsein nimmt die Augeneindrücke nicht nur härter, sondern auch feiner auf, und da nun alle Assoziationen von ihnen aus spielen, auch inniger. Wieviel trägt es zum ästhetischen Eindruck des Volkenslebens bei, daß wir die Wollensbewegungen nur sehen, daß sie lautlos sind! Wer immer ein Vergnügen zu gebrauchen weiß, kennt aber auch die Reize absichtlichen „Abblendens“ der Chöreindrücke.

Zweitens: das stumme Bild ist farblos. Auch das braucht ästhetisch so gewiß seinen Verlust zu bedeuten, wie der Verzicht des Schwarzweißmalers auf die Farbe. Es bedeutet an sich vielmehr wiederum nur eine noch festere Sammlung des Interesses, auch diese Beschränkung also kann eine Ausschaltung von Störungen und dadurch eine Erhöhung des Genusses verschaffen. Selten wie die Natur lautlos ist, selten ist sie auch farblos, selten noch, fast nie. Aber Nachschärfen und Schneelandschaften können sich der Farblosigkeit nähern, deshalb empfindet jedes für diese besonderen Werte empfindliche Auge ihre „Schwarz-Weiß-Werte“ sofort. Nun schließt die Momentaufnahme, mit der das Kino arbeitet, noch vorläufig noch die ganz richtige Lichtwert-Wiedergabe für Filmbilder aus, das aber mag die fortschreitende Technik ändern, und in mancher Beziehung können die Mängel auch, wie die technischen Verbesserungen für Stille und Modierungen, etwas von Enttäuschung bedeuten. Wir alle kennen die entzückende Schönheit von Kinobildern mit ruhig abfließenden Wasserflächen sowohl wie Brandungswellen, Wollen, Rauch, von Wäldern in neblige Strahlen oder in dämmerigen Wald, aber auch von dem Spielen des bewegten Lichts auf Stoffen und Tierkörpern. All das könnte mit den „natürlichen“ Farben unmöglich noch schöner wirken.

Das dritte und wichtigste nun: das stumme, farblose Bild ist bewegt. Unsere Aufmerksamkeit wird gesammelt auf den Ausdruck der von Gesichtern und Händen losgelassenen Bewegung, von der Sprache, die im Stillraum Platz hat, über das pantomimische zum Pantomimischen hin bis zum Lächeln und Augenblinzeln, bis zum Weisesten, was das Auge aufnehmen kann. Diese Bilder kann es vergrößern. Es kann das Antlitz eines Schauspielers oder einer Schauspielerin vergrößert zeigen und dadurch den Ausdruck der Mimik für einen großen Zuschauerkreis eindringlicher sprechen lassen als im Theater. Es kann all diesen Zuschauern das Leben in einem Regelmäßig mit der fütternden Eltern zeigen, als wäre der Jüngling groß wie der Strauß, oder das Treiben im Bienenstock und Ameisenhaufen, als wären wir gescheitete Mägen zu.

Der Eindruck der Bewegtheit entsteht aber erst in uns, in Wahrheit sind alle die Einzelbilder starr. Das wieder bedeutet: man kann das Tempo verändern, kann verlangsamen und kann, im weitesten Maße, beschleunigen. Man kann die Bewegungen auch unterbrechen, kann einen Augenblick fest bannen und so studieren, was früher überhaupt unwahrnehmbar war. Das bewegte Bild kann uns die Explosion beim Geschützfeuer und sogar die fliegende Angel in der Luft zeigen. Es kann aber auch vor unsern Augen eine Blume aufblühen und eine Frucht reifen lassen.

Viertens: das Kino kann all das verbinden. Es kann auch verschiedene und verschiedenste Größen verbinden, miteinander spielen, wachsen und schrumpfen lassen. Es kann zaudern, daß das Nigardchen in einer Nische zu leben anfängt, aus ihrem Hause zieht, zum Menschen wächst, zum gewaltigen Riesen wächst, der über die Menschen schreitet, wie Gulliver in Liliput, dann wieder abnimmt, wieder ein Zwerg wird, und zum Schluß wieder ins Nigardchen zurückkehrt oder zum Königs-Kleinbild in einem Kartenspiel erkorrt. Dabei ist alles, was es zeigt, unabhängig vom Weiterleben des Darstellers und des Dargestellten. Was einmal „gefilmt“ ist, läßt sich kopieren und aufheben.

Fünftens: das Kino hat Möglichkeiten, die uns Unendliche geben, ohne daß es mühsam zu werden braucht. Ja, und dennoch ist das Kino heute — wie es ist. Ist es so geworden, daß die Begeisterter von ehedem die Arbeit für diese ihre alte Liebe meist aufgegeben haben, daß sie seit Jahren sogar die Erörterung jener künstlerischen Aufgaben fast eingestellt haben. Sie haben den Mut verloren und

die Mut bekommen, bis zu der Ungerechtigkeit, dieses Kino, das ist, zu verwechseln mit dem Kino, das sein könnte. . .

Wie soll es denn anders sein, als daß man für feinere Reize erst einstellen, werben, heranzüchten muß? Der Mann aber, der sich dort auf die Bank in frische Leinwand setzt, der war sofort ein Schläger. Der Detektiv da, der einen Dieb abfaßt, die edle Schönheit aus der Spinnstube dort, die den feinsten Großen betörtete, das läche Lachen in Trümpfen, das der treue Narr aufwand, bei denen raste der Verfall. Also her mit so was! Das „Drama“ entstand, das „Drama“ siegte, das „Drama“ ward Alleinherrscher. Das Kino entstand, wie wir wissen: als Haupt- und Angelpunkt ein „Drama“, doch der Mensch von gesundem Hirn sich vorlöst, als verweil er bei einer Sondervorstellung für Blödsinnige. Was man nebenbei an Schönheit findet, sind Feitungen, die meist der Zufall auf die Bettelstuppe geworfen hat.

Die Allgemeinheit hat sich in der Vertretung ihrer Interessen am Kino mit einer „Ruffucht“ beunruhigt. Die ist im allgemeinen, Gottlob, keine Ruffucht über ästhetische Dinge, sondern über andere. Sie wird natürlich nicht überall von Beamten und Hilfsarbeitern ausgeht, die reich an Einsicht und frei von Vorurteilen sind, aber ihre Mißgriffe schaden doch schmerzlich ebenfalls, wie ihre Eingriffe immerhin nützen. Auch ästhetische Entgleisungen sind hier so lange noch keine Unglücksfälle, wie sie nur Entgleisungen bleiben. Die „Dramen“? Man könnte sie sehr wohl auf den reinen Augenpunkt hin bearbeiten oder neu machen, ein paar „Pettel“ dazwischen würden auch nicht wesentlich stören — und dann: das „Drama“ ist nun einmal der wichtigste Träger der gemäßigten Beteiligung am Kino.

Aber, man darf das Kino nicht dem Geschäft allein überlassen. Das hat man getan, da lag die Dummheit und da lag der tiefenprohe Heißer. Das Kino ist überall überhand genommen, wo man es ausschließlich als kapitalistisches Unternehmen entwickelt hat.

Das bedeutet Mißstände, die so ungeheuerlich sind, daß vielleicht gerade durch die Gipfelung des Widerwilligen die Notwendigkeit einer Volkswirtschaft mit Selbstausbau doch endlich einmal verständlicher wird. Daraus aus dem Randbereich, her zur Kulturwirtschaft! Im einzelnen und im allgemeinen ist so fürs Kinogebiet schon vieles angeregt worden, aus neuester Zeit erinnere ich nur an den „Bilderbühnenbund deutscher Städte“. Aller großen, schon aller größeren Erfolge Vorbedingung aber ist die Erkenntnis von der enormen Wichtigkeit der Aufgabe und der Wille der Allgemeinheit, da zu helfen. Sind die Mittel beschafft, so möchte ich für mein Teil zwei Forderungen besonders befürworten:

Erstens: die nach dem Erleben, Pflegen und vermittelnden Verwalten einer nationalen Filmsammlung. Ein Lichtbühnen-Betrieb ohne Filmsammlung ist ein Theater-Betrieb ohne Fundus, ohne Skulpturen und ohne Bücher.

Zweitens brauchen wir Lichtbühnen für Gebildete, besser gesagt: für Vorgesessene im Geschma. Lichtbühnen, denen die Städte oder sonst Körperchaften Zuschüsse unter entsprechenden Bedingungen gewähren, wie jetzt schon den städtischen und staatlichen Theatern. Auch die Wiederholung der „abgespielten“ besten Filme könnte von ihnen ausgedehnt werden. Diese bevorzugten Bühnen müßten zugleich die Darsteller des besten schon Erreichten und die Träger der Entwicklung vorwärts sein.

Der bakteriologische Charakter der „Spanischen Krankheit“.

Ueber den Erreger der über ganz Deutschland und auch im Ausland verbreiteten Epidemie äußern sich auf eine Anfrage der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ mehrere ärztliche Autoritäten auf Grund von bakteriologischen Untersuchungen. Professor Weisser in Breslau schreibt: „Sie fragen telegraphisch an wegen der neuen spanischen Krankheit und ihrem Verhältnis zu der Epidemie der Jahre 1889 und 1891/92. Ich bin noch nicht in der Lage, ein definitives Urteil zu fällen, da ich eben erst begonnen habe, mich mit bakteriologischen Untersuchungen der neu aufgetauchten Epidemie zu beschäftigen und die Zahl der bisher gegebenen Fälle infolgedessen noch klein ist. Nur so viel vermag ich anzugeben: In einer Reihe von Fällen habe ich Bazillen, die ich zunächst mit den feinsten von mir als Ursache der damaligen Influenzaepidemie beschriebenen Mikroorganismen identifizieren möchte, nachweisen können, während andere Fälle sich negativ verhalten haben. Weitere Untersuchungen werden diese Widersprüche aufklären.“

Prof. Gruber in München telegraphiert, daß die Influenzabazillen bisher nicht gefunden und die Untersuchungen im Gange

wären. Prof. Dr. Ulrich Friedemann, Leiter der Infektionsabteilung des Rudolph Virchow-Krankenhaus in Berlin, schreibt: „Bei der gegenwärtig in Berlin herrschenden Epidemie handelt es sich um ein zweifaches um eine Influenza. Die beobachteten Krankheitserscheinungen und Komplikationen stimmen vollkommen mit den Schilderungen aus der großen Epidemie des Jahres 1889/90 überein. Der Influenzabazillus konnte bisher nicht als Erreger festgestellt werden, doch ist dies eine Erfahrung, die auch bei früheren Influenzaepidemien bereits gemacht wurde. Bei den komplizierenden Lungenerkrankungen fanden sich meist Pneumokokken oder Streptokokken als Erreger. Es ist möglich, daß die negativen Influenzabazillenbefunde mit den Schwierigkeiten der Methodik im Zusammenhang stehen. Ich halte es jedoch für nicht unwahrscheinlich, daß es epidemische, unter dem klinischen Bild der Influenza verlaufende Erkrankungen gibt, bei denen der Influenzabazillus nicht der Erreger ist.“ Prof. Dr. Uhlenhuth in Stragburg telegraphiert: „Wieder in mehreren Fällen Bazillen, die mikroskopisch und kulturell den Pfeifferischen Influenzabazillen gleichen, gefunden; bei anderen Fällen negativer Befund. Untersuchungen werden fortgesetzt.“

Das Gewaltsystem in Amerika.

„Amerika, das alles im größeren Maßstabe als England tut“, so schreibt die holländische Wochenschrift „De Nieuwe Amsterdamer“, ist auch in seinen Maßnahmen gegen Bakillen und Revolutionäre roher, gewalttätiger und willkürlicher. Es ist bereits mehr als einmal darauf hingewiesen worden, daß Amerika weniger als irgend ein anderes Land dazu berechtigt ist, im Namen der Kultur und der Menschlichkeit gegen Deutschland zu kämpfen. Denn was in Amerika an großem Unrecht, an Unbilligkeit und an Verbrechen ungestraft und sogar durch die Behörden selber gegen die Arbeiterbewegung getan worden ist, findet allein im alten England sein Gegenstück. Amerika hat die kapitalistische und geschäftliche Lebensform aus Europa übernommen und entwickelt, ohne sich zugleich die kulturellen Traditionen anzueignen. Statt dessen herrscht im wilden Westen die Tradition des Landgesetzes, eine rücksichtslose Jagd nach dem Dollar, die vor der gelegentlichen Roberei nicht zurückdreht. So liegt auch die Organisation der Großindustrie in Amerika allein auf der despotischen Willkür einer Gruppe von Geldrenten, die den Staat ausplündern und mit offenberzigtem Spott ausnützen. Als und zu bringen einige Beispiele über die Schreckensherrschaft, die gegenwärtig in Amerika herrscht, nach Europa durch. So wurde beispielsweise vor einem Jahr einer der Führer der Arbeiterorganisation „Industrial Workers of the World“, der gegen den Krieg aufgetreten war, nachts aus seiner Wohnung geholt und luterhand gehängt. Das ist die Kultur, für die Amerika kämpft.“

Notizen.

Der Maler Hans am Ende ist an den Folgen einer Kränkelung im Alter von 53 Jahren gestorben. Er gehörte zu der Gruppe der Künstler, die sich in den vier Jahren in dem niederländischen Noordhoff-Bornkade bei Bremen niederließen und die malerischen, schwerwichtigen Schönheiten des Moores und der Heide entdeckten. Hans am Ende hat die satten wie die ersten Stimmungen dieser vorher kaum gewürdigten Landschaft im Sinne der Naturmalerei festgehalten.

Im Potsdamer Naturtheater findet Freitag, den 12., nachmittags 5 Uhr, die erste Aufführung von „Glaube und Heimat“ statt. In den Abendvorstellungen am Mittwoch, Donnerstag und Sonntag, abends 8 Uhr, wird bis auf weiteres die „Verfunken Glocke“ gegeben.

Die Eröffnung der Universität Dorpat wird in diesem Jahre noch nicht möglich sein. Jedoch besetzt die Adhäs, mit Hilfe von deutschen Dozenten schon im September einen Vorlesungsbetrieb einzurichten.

Der holländische Redakteur ist zweifellos der Hinfälligkeit. Zu dieser Erkenntnis kommt man, wenn man die Abkündigung eines Manuskripts von einer Berliner Zeitung liest. „Wir haben kein Manuskript mit unendlichem Entzücken gelesen. Niemals zuvor haben wir uns an einem solchen Meisterwerk ergötzen können. Wenn wir es drucken würden, so würden wir den Beifall erhalten, es als Muster zu nehmen, und sofort dürften wir niemals eine Arbeit drucken, die schlechter wäre als diese. Da es nun unmöglich sein würde, in den nächsten 10000 Jahren ihresgleichen zu finden, so sind wir gezwungen, wenn auch gedrohenen Herzens, dem göttlichen Manuskript zuzuschicken, und daß wir es tun müßten, dafür bitten wir Dich tausendmal um Verzeihung.“

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Regmont.

„Ach, wie kommt ich nur nicht drauskommen. Du bist ja in Borschau aufgewachsen, lebstest da in der polnischen Sphäre und hast in allen Warschauer Kreisen und Salons verkehrt, wie können dir da Juden gefallen, oder Lodzer Menschen?“ rief er ironisch. „Du hast dich an die langhaarigen zergaunten Studenten gewöhnt, an diese deklamierenden Umstürzler, die auf eine Erbschaft und Pensionsrenten warten, an diese vornehme Atmosphäre der Großrecher und des gegenseitigen Gleichwollens auf eine erhabene, edle Art. Ha, ha, ha! Ich hab' das durchgemacht, und jedesmal, wenn ich mich an jene Zeiten erinnere, sterb' ich vor Lachen.“

„Lach das, Moritz. Bitterkeit spricht aus dir, bist also nicht objektiv. Ich will es nicht hören,“ rief sie schnell, unangenehm berührt, denn wirklich lebte sie mit ihrem ganzen Herzen in jener Sphäre, obwohl sie seit zwei Jahren schon bei ihrem Vater in Lodz wohnte.

Sie ging hinaus und erschien nach einer Weile schon fertig zum Ausgehen. Sie gingen gleich fort.

Ein sehr eleganter, kleiner offener Wagen wartete vor dem Tore.

„Fahre nur bis zum Neuen Markt, da ist es nicht mehr so schmutzig, ich geh' dann zu Fuß.“

Die Pferde zogen scharf an.

„Trotz allem wunderst du mich, Mela!“

„Warum?“

„Darum, daß du so bist — keine Jüdin. Ich kenne unsere Frauen gut, ich verstehe sie zu schätzen und schätze sie. Aber ich kenne sie gut, derartige Bücherweisheiten nehmen sie nicht ernst, wie du es tust. Kennst du die Ada Wasserberg? Sie lebte auch in Warschau und verkehrte in denselben Kreisen wie du; sie begeisterte sich für alles, großso wie du. Sie war in allem tätig, sie stritt mit mir über Gleichheit, Freiheit, Ehre und Ideal.“

„Ich streite doch nicht mit dir über all dies,“ unterbrach sie ihn kurz.

„Ja, richtig, aber laß mich doch ausreden; sie war also die idealste Idealistin, wie sie aber ihren Rosenblatt geheiratet hat, vergaß sie all diese Dummheiten, der Idealismus war nicht ihre Spezialität.“

„Gefällt dir das?“

„Das gefällt mir grad. Solange sie Zeit hatte, spielte sie mit Poeste, warum sollte sie auch nicht, das wird in polnischen Häusern gern gesehen, gibt einen gewissen modernen Ton, na, und ist nicht so langweilig wie Theater- und Ballbesuche.“

„Du bist überzeugt, daß das nur ein Spiel war?“

„Ich beziehe es nicht auf die Polinnen und nicht auf dich, das ist eine andere Gattung, aber auf die Jüdinnen — ja, das weiß ich gewiß. Ueberleg' doch mal, was kann sie das alles angehen? Mela, ich bin Jude, ich habe mich dessen nie und nirgends geniert, ich hab' es nicht geleugnet — was für ein Geschäft, es zu leugnen! Mich geht außer meinem eigenen Geschäft ebenso nichts an, als alle unsere Leute, ich hab' das einfach nicht im Blut. Schau, so ein Vorwiesler, das ist ein eigentümlicher Mensch, das ist mein Kollege aus dem Gymnasium in Warschau, mein Kollege aus Wiga, mein Freund, seit Jahren wohnen wir zusammen, ich habe mir eingebildet, ich kenne ihn, das ist unser Mensch. Er hat scharfe Krallen, er ist ganz und gar Lodzermensch, er ist ein besserer Nacher wie ich, und manchmal tut er Dinge, die ich absolut nicht verstehe, die keiner von unseren Leuten getan hätte; er ist ein Lodzermensch, und er hat trotzdem seine verrückten Ideen, seine utopischen Träume, für die er eventuell einen Rubel hergibt, wenn er zwei bei sich hat, und für die ich einen Zehner geben würde, wenn es schon gar nicht anders ginge, ich . . .“

„Wo willst du hinaus?“ unterbrach sie ihn wiederum und berührte mit ihrem Sonnenschirm den Rutscher; er sollte halten.

„Daß du grade so etwas in dir hast, was jense haben, die Polen.“

„Heißt das nicht vielleicht Seele,“ sagte sie lustig, aus dem Wagen herausspringend.

„Das ist ein zu großes Schema.“

„Gehen wir durch die Mittelstraße, ich möchte biffel herumgehen.“

„Am nächsten wird es sein: bis zur Widzewskastraße und von da zur Siegielestraße.“

„Du wählst den kürzeren Weg, um dich möglichst bald des Brondientes zu entledigen!“

„Du weißt doch, Mela,“ daß ich dich mit großer Vergnügen begleite.“

„Deshalb vielleicht, weil ich so geduldig zuhöre?“

„Ja, und auch deshalb, weil du sehr schön bist mit dieser Ironie auf den Lippen, sehr schön.“

„Dein Kompliment ist weniger schön, du reichst es so ein gros dar.“

„Du ziehst die Warschauer Komplimente vor, so en détail, kurzfristig und mit einem guten Giro.“

„Es genügt die gute Erziehung und die Anständigkeit.“

„Trotzdem schadet es nichts, sich mit einem Ehevertrag zu verschanzten,“ warf er ironisch hin und klemmte den Anker fest.

„Ach, hier wollest du hinaus!“ flüsterete sie ärgerlich.

„Du wollest es!“

„Ich wollte, daß du mich zu Rosa begleitest.“ Sie sagte es mit Nachdruck.

„Ich würde dich überall hinbegleiten, wenn du es nur wollest!“ rief er, die eigentümliche Nahrung, die ihn überfiel, in einem scharfen Lächeln verbergend.

„Ich danke dir, Moritz, aber dorthin wird mich schon ein anderer begleiten,“ erwiderte sie scharf, verstummte und blickte traurig auf die furztbar schmutzige Straße und an den schmutzigen Häusern entlang.

Auch Moritz schwieg, denn er war wütend auf sich, und mehr noch auf sie. Ironisch fing er ihre mitleidvollen Blicke auf, die sie den lumpigen, abgegriffen, in den Hauseingängen und auf dem Bürgersteig herumspielenden Kindern zuwarf. Er verstand sie ein wenig, und sie erschien ihm gerade deshalb sehr naiv, sehr. Sie regte ihn mit ihrem dummen polnischen Idealismus auf, wie er in Gedanken ihren Charakter nannte, und zugleich wurde seine harte, trodrene Seele durch das blickigen Gefühl angezogen und durch die eigentümliche Poeste ihres Wesens und ihrer Güte, die sich in dem blassen Gesicht offenbarte.

„Gut! ich dich gelangweilt, daß du verstummt bist?“ meinte sie nach einer Weile.

„Ich wollte dein Schweigen nicht fördern, du hättest an sehr wichtige Sachen denken können.“

„Ich kann dir versichern, daß ich an viel wichtigere gedacht habe, als deine Ironie erreichen kann.“

„Auf einmal hast du da zwei Geschäfte gemacht, Mela, — mir hast du einen Kiffel gegeben und dich selbst bedot.“

„Und doch wolle' ich bloß eines,“ sagte sie lächelnd.

„Mich treffen, nicht wahr?“

„Ja, und ich habe es mit Vergnügen getan.“

„Du magst mich gar nicht leiden, Mela?“ fragte er, unangenehm berührt.

(Fortf. folgt.)

nach Kuron überfiedeln. Die Reise nach Simbirsk und Kuga, ebenso nach Archangelsk und dem Gouvernement Pskow ist aus wirtschaftlichen Gründen verboten.

Zwofel soll auf dem Russischen Kongress der Sowjets erklärt haben, er habe Nachricht, daß an der Front die Einigkeit der Sowjet-Truppen durch englisch-französische Propaganda gelitten habe. Einzelne Teile der Truppen seien zum Feinde übergegangen.

Der Kriegszustand wurde über die Kurmanische und die Bahy bis Spanka erklärt.

Das „kleinere“ Mitteleuropa.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus erklärte Dr. Bekerle, daß sich die mitteleuropäischen Verträge ausschließlich auf Deutschland, Österreich und Ungarn beschränken sollen. Die Desterreicher und Ungarn wollen in diesem Rahmen Zollfreiheit für landwirtschaftliche Erzeugnisse, dagegen Zölle für Industrieerzeugnisse.

Zwangsmonarchie für Finnland?

Die finnischen Parteien haben sich gegen die Politik, ihr Land zur Monarchie zu formen, gewehrt. Für den Plan der Königsfrage war keine Mehrheit zu haben. Jetzt soll Gewalt angewandt werden, sie zur Willigkeit zu zwingen. Von außen her wird eingegriffen. Man sperrt die Hilfe, um die Widerstrebenden in die Arnie zu zwingen.

Die „Svenska Dagbladet“ aus Helsingfors erzählt, erklärte Senator Setla in Wiborg, daß es für die finnische Regierung nahezu unmöglich sei, eine äußere Stütze zu bekommen. Die Finnland brauche. Könne die Frage der Regierungsform nicht in nächster Zeit entschieden werden, so halte die Regierung weitere Arbeit für nutzlos.

Am Montag abend besprach die Regierung mit den Landtagsgruppen in einer geheimen Konferenz die Regierungsform. ... teilte Regierungschef Paasikivi mit, daß die Regierung beschließen habe, die Annahme der monarchischen Staatsform zur Kabinettsfrage zu machen. Die Republikaner betonen, dies sei illegal, und verlangen eine Volksabstimmung, vor der sich jedermann beugen werde.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hängt diesen Mitteilungen des „Svenska Dagbladet“ zwei weitere Angaben zur Sache an. Erstens: der Seniorsenator des finnischen Landtages habe in einem Aufruf ermahnt, in der öffentlichen Diskussion der Monarchiefrage künftig einen maßvolleren Ton anzuschlagen und dem Gegner keine unlauteren Motive zu unterstellen. Zweitens: der finnische Gesandte in Berlin habe in Helsingfors den Pressevertretern erklärt, Deutschland habe die Frage der finnischen Staatsform gänzlich unbedeutend gegenüber und mische sich in keiner Weise hinein.

In welche äußere Stütze, die Finnland braucht und kaum mehr bekommen kann, mag der Senator Setla in Wiborg bei seinen Worten gedacht haben?

Der Lebensmittelkontrolleur Clynnes.

Eine typische Webergestalt aus Lancashire ist J. A. Clynnes, der soeben als Nachfolger des Kohlenbarons Lord Rhondda zu Englands Wohnungsmittelminister ernannt wurde. Er ist im Jahre 1869 in Oldham als Sohn einer armen Weberfamilie geboren und als „Halbzeitler“ erzogen: täglich sechs Stunden in der Textilfabrik, drei Stunden in der Volksschule. Da er sich schon frühzeitig durch eine gewisse Veredelmacht auszeichnete und in der gewerkschaftlichen Bewegung tätig war, wurde er im Jahre 1891 von William Thorne, dem Sekretär und Gründer der Gasarbeitergewerkschaft, als Organisator angestellt. Einige Zeit bekleidete er auch das Amt eines Vorstehenden der Gewerkschaftsliste (Trade Councils) von Lancashire. Er war viele Jahre Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei und wurde im Jahre 1906 zum Wahlkreis Manchester-Nordost als sozialistischer Abgeordneter ins Unterhaus gewählt. Im Jahre 1909 war er Vorsitzender der Arbeiterpartei. Bei Kriegsausbruch wandte er sich von der Unabhängigen Arbeiterpartei ab, trennte sich von den Friedensfreunden und agitierte für die Fortsetzung des Krieges. Er ist ein rühriger, loyaler Redner und ein ehrgeiziger Arbeiterpolitiker.

Die Verhältnismahlen in Holland.

Die holländischen Wahlen haben das Ergebnis gehabt, daß mindestens zwei Drittel der neu gewählten Abgeordneten Anhänger einer unbedingten Neutralität sind. Das ist zweifellos ein erfreuliches Ergebnis. Aber da die Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht geschahen, werden sie darüber hinaus Lehren zu geben haben, insbesondere auch für unsere Wahlreformfragen. Es ist immerhin bemerkenswert, daß die „Altnische Zeitung“ der Ansicht ist, als „wichtigste Erfahrung“ habe sich herausgestellt, daß das System der Verhältniswahl eine überraschend starke Gegenwirkung gegen eine zu weitgehende Demokratisierung der Kammer durch das gleiche Wahlrecht bildet. Nämlich:

„Nadern nicht nur die landlichen Wahlkreise wie auch vorher bei der alten Wahlkreisverteilung konservertive bzw. liberale Abgeordnete wählten, sondern die konservertiven Rinderheiten in den Wahlkreisen, in denen die sozialistische Stadtbevölkerung vorwiegend zu finden war, summierten, die den Wahlkreise überschritten, konnte die Rechte trotz bester Agitation der sozialistischen Parteien und trotz der unermesslichen vorhandenen, teilweise bitteren Rolle des Volkes sogar eine kleine Mehrheit erreichen.“

Natürlich ist dabei nicht zu vergessen, daß in den konservertiven Wahlbezirken nunmehr auch die Stimmen der Linksparteien zählen. Denn die Verhältniswahl ist gegenüber der Mehrheitswahl das gerechter wirkende Wahlsystem, ein Vorzug, der dies System zur Förderung der sozialistischen Parteiprogramme werden ließ.

Daß auch die Liste wohl sich in vieler Hinsicht bewährt hat, wird aus folgendem geschlossen:

„Dadurch, daß die Reihenfolge der Kandidaten zugleich ihre Bedeutung innerhalb ihrer Partei angeben mußte — wegen der Überwindung überschüssiger Stimmen vom ersten auf den zweiten und vom zweiten auf den dritten Mann, also in fortgesetzter Reihenfolge — waren Zufallsergebnisse durch Siege von ungenügenden Kandidaten, die nur einen Anhang im eigenen Wahlkreis hatten, ausgeschlossen. Unter dem neuen System ist jede Partei natürlich bemüht, in erster Linie die Wahlkreise wichtigeren Kreise auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiete sicherzustellen. Da diese nun an die Spitze der Wahlkreise gestellt werden, erhalten sie, wie man es an den Beispielen der ehemaligen Minister Loeff, Deemster und Solijn erleben kann, die größten Stimmenanteile. Die Stimmen, die auf die kleinen Götter der lokalen Wahlbezirke, die jeweils unten an den Bezirkslisten stehen, entfallen, gehen aber der betreffenden Partei zugunsten nicht verloren, denn es werden

auch diese zerstreuten Stimmen der Liste zugerechnet und kommen mithin dem letzten der Kandidaten zugute, der den Wahlkreis nicht erreicht hat.“

Nicht recht zufrieden soll man in Holland sein mit der praktischen Wirkung der Bestimmung, daß die nach Teilung der Stimmenzahlen der Parteien durch den Wahlkreise verbleibenden Reste auch den kleineren Parteien zugute kommen, deren Gesamtstimmenzahl den Wahlkreise (diesmal 13 442) nicht erreicht, aber doch mehr als die Hälfte davon (6721) beträgt:

„Es liegt jedenfalls eine gewisse — durch den Zufall verstärkte — Ungerechtigkeit darin, daß von den kleineren Parteien diesmal nicht weniger als sieben zu je einem Sitz gekommen sind, obwohl sie an Stimmen doch nur 24, 20, 22, 22, 22, 22 und 20,4 v. H. des Wahlkreises aufgebracht hatten, wogegen von den großen Parteien nur drei je einen Sitz aus solchen Überschüssen erhielten, während alle übrigen Sitze durch Stimmengruppen von der vollen Größe des Wahlkreises erworben werden mußten. Die Römisch-Katholische Partei (408 000 Stimmen, 20 Sitze) hat also, verglichen mit der letzten der zu einem Sitz gelangten kleineren Partei (6780 Stimmen, 1 Sitz) nur dreißigmal soviel Sitze errungen, obwohl sie fast sechzigmal soviel Stimmen aufgebracht hatte. Dieses Beispiel — es ist das kräftigste — bringt die „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zu dem Vorschlag, die Regel von den größten Resten abzuändern, daß in erster Linie die großen Parteien davon Nutzen haben.“

Endlich einige Angaben über den Anteil der Frauen an diesen Wahlen. Den Frauen wurde bei der Verfassungsrevision nach reichlichem Zaudern schließlich das passive Wahlrecht gewährt, d. h. die politischen Parteien bzw. die ausgereichten Listen durften weibliche Namen enthalten. Dazu wird nun gesagt:

„Man ging von der Erwägung aus, daß die großen Parteien trotz ihrer männlichen Leitung die Objektivität besitzen würden, hervorragenden Frauen Gelegenheit zu geben, im Parlamente ihre Erfahrung zur Geltung zu bringen. Es ist nun bemerkenswert, daß die Parteien, die im wesentlichen nur demokratische Vorstandsleute ohne Persönlichkeitswert aufgestellt haben, mit ihren Frauenkandidaturen jämmerlich gescheitert sind. Die einzige gewählte Frau — eine Sozialdemokratin — ist nicht nur eine hervorragende Rednerin, sondern eine der gediegensten Sachverständigen auf dem Gebiete des Volksschulwesens.“

Sicherlich ist dieses Ergebnis höchst erfreulich. Aber die „Altnische Zeitung“ will daraus den Schluß ziehen: „Das passive Wahlrecht ist also ein geeignetes Mittel, um Erfahrungen zur Ermittlung der Frauen, deren politische Betätigung für die Allgemeinheit von Wert sein kann.“ Dieser Schluß ist ungerichtet. Das Wahlergebnis kann nicht als Beweis benutzt werden dafür, daß ein nicht beengtes gleiches Wahlrecht für Frauen die Auslese der Tüchtigsten behindere. Daß die von bürgerlicher Seite aufgestellten Frauen unterlegen, während die sozialdemokratische Kandidatin gewählt wurde, läßt viel eher den Schluß zu, daß das Verständnis für Frauenwahlrecht in der Arbeiterklasse besser entwickelt ist als in der bürgerlichen Klasse.

Im nördlichen Sperrgebiet um England vernichteten deutsche U-Boote neuerdings 16 500 t. A. T. feindlichen Handelsraumes.

Die rumänischen Finanzen sind durch den Krieg schwer getroffen. Finanzminister Seulescu erklärte in der Kammer: Vor dem Krieg war die Finanzlage Rumäniens glänzend. Jedes Jahr brachte Uberschüsse von 10 Millionen Lei und die Staatsschuld betrug kaum 1700 Millionen Lei; heute ist die Staatsschuld auf 5267 Millionen Lei gestiegen, zu denen noch die ungedeckten Verbindlichkeiten der Kriegsausgaben hinzukommen. Nun wird das veraltete und mangelhafte Finanzsystem abgeändert werden. Grundsteuer und Erwerbsteuer sollen härter erfaßt werden, ebenso die direkten Steuern, die in einem Staatshaushalt von 600 Millionen Lei nur 90 Millionen Lei ergeben haben. Eine progressive Einkommensteuer und eine Kriegsgewinnsteuer sollen eingeführt werden, letztere als einmalige Maßregel.

England und die feindlichen Ausländer. Die Kommission zur Frage der Behandlung der feindlichen Ausländer schlägt vor: Aufhebung der seit Januar 1914 gewährten Naturalisation feindlicher Ausländer, außer wenn die Untersuchungskommission anders entscheidet. Prüfung früher gewählter Naturalisationen, Entlassung von Personen feindlicher Herkunft aus Regierungsdiensten, Liquidation der feindlichen Geschäfte einschließlich der Banken, Reorganisation der Internierlager, strenge Beaufsichtigung der Neutralität an Bord von Schiffen, die in englischen Häfen anlegen.

Englands Mannschafthang. Im englischen Unterhause rief die Erklärung des Präsidenten des Landwirtschaftsamts, Prothero, daß er nicht dafür sorgen könne, daß die Eingabe von 20 000 landwirtschaftlichen Arbeitern nicht die Einbringung eines Teiles der Ernte gefährdet werde, lebhaften Beunruhigung hervor. „Daily News“ schreibt im Leitartikel: Wir betonen, wir sind besorgt infolge der Rede von Prothero. Er hat die ihm anvertraute Aufgabe, unsere Ernte zu sichern, verraten. Er scheint bereit zu sein, sie verloren gehen zu lassen, wenn nur Mannschaften von Herd in der Feuerlinie stehen. Ist dieses wilde Hazardspiel zu rechtfertigen, wo doch eine so gewaltige Menschenmenge über den Atlantik nach Frankreich flüht?

Verhaftungen in Russland. Am 1. Juli wurde der frühere Vorsitzende des Ministerrats, Graf Kozlow, aus der Zeit der Jarengierung in seiner Wohnung verhaftet. Ferner der frühere Kriegsminister während der Kerenski-Regierung, Werschowski.

Verdoppelung der Heeresstärke Japans. Die „Times“ berichtet aus Tokio, daß dort am 1. Juli eine Versammlung der Feldmarschälle und Admirale stattfand. Es wurde ein Plan für ein Zusammenziehen von Meer und Flotte ausgearbeitet. Grundsätzlich wurde beschlossen, das Meer auf 21 Armeekorps, 42 Divisionen und 128 Regimenter zu erweitern. Hiermit wird die Heeresstärke verdoppelt.

Herrenhaus.

Finanzdebatte. — Um Lichnowsky.

Der Etat wurde am Donnerstag dem Herrenhaus erledigt. Es gab nur noch eine kleine Steuerdebatte mit den üblichen Sorgen um das Monopol der Bundesstaaten auf die direkten Steuern. Minister Hergt beschwichtigte sie und sprach über die unerlässliche Notwendigkeit, den Eisenbedarf des Reiches zu decken. Auf Kriegsentwickelung, so gern er sie auch sähe, will er sich dabei lieber nicht verlassen. — Die Wahlrechtsvorlage ging an einen Ausschuss von 28 Mitgliedern. — Freitag vormittag: Geheimnis, Ausschluß des Fürsten Lichnowsky. — Freitag nachmittag: Kleine Vorlagen.

Herr v. Hinge und sein Klavier.

Ueber Herrn v. Hinge schreibt ein Journalist namens Rudolf Kommer, der mit dem „in Aussicht genommenen“ Mann auf der Rhadam von Amerika nach Holland gefahren ist, in der „B. J. a. Mittag“ u. a. das folgende:

Auf der Rhadam gab es außer Diplomaten und Konsuln auch einige Künstler, Gelehrte, Finanziers und Journalisten. Die Diplo-

maten sprachen überaus günstig über Herrn v. Hinge, aber das mag diplomatisch gewesen sein. Die Gelehrten verurteilten, er wäre ein Mann der Wissenschaft, der allerdings seinen Beruf versteht hätte. Die Künstler nannten ihn einen Künstler und die Journalisten bezeichneten ihn als einen Virtuosen auf der Klaviatur der Presse. Schließlich sagten noch die Finanziers: „Endlich ein Diplomat, der wirtschaftlich denkt!“ Mit einem Worte: Herr v. Hinge war bei weitem der Beste — Jubel auf der Rhadam.

Es ist richtig, daß Herr v. Hinge das Klavier zu spielen versteht. Eine Taste ist Herr Kommer. Man merkt noch deutlich den Fingerabdruck.

Landgesellschaft Westmark.

Der Hauptausschuss fordert Aufhebung des Vertrages.

Die Besprechung dieses geradezu unverständlichen Vertrages wurde am Donnerstag im Hauptausschuss fortgesetzt, wobei wieder von fast allen Seiten betont wurde, daß dieser Vertrag ganz unmöglich aufrecht erhalten werden kann. Mit Recht hat Abg. Dr. Pfleger hervor, daß man gar kein besseres Mittel hätte finden können, um eine grenzenlose Erregung in die elfsk-lithuanische Bevölkerung zu tragen. Der ganze Vertrag hängt in der Luft, denn er wird in dem Augenblick gegenstandslos, in dem der Reichstag die Liquidationsverordnung aufhebt. — Staatssekretär v. Stein erklärt, daß er bereit sei, den Vertrag durch Eingabe anderer Gesellschaften auf eine weitere Basis zu stellen. Auf die Durchführung der Liquidation aber kann nicht verzichtet werden; jede Verzögerung wirkt schädlich. Bei der Ausführung des Vertrages soll jede Härte vermieden werden. Zum Abschluß des Vertrages hielt sich die Regierung auf Grund der ersten Ermächtigung für berechtigt, so daß weder von einer Verletzung der Verfassung noch von einer Rechtsunmöglichkeit des Vertrages die Rede sein kann. Die Reichsregierung hat den Vertrag nur aus patriotischen Gründen geschlossen. Nach dem Kriege kann man Franzosen nicht mehr als Grundbesitzer in unseren westlichen Grenzgebieten dulden, schon um die Spionage zu unterbinden. — Abg. Alpers (Wesf.) ist mit der Tendenz der Entscheidung der Franzosen einverstanden, nur gegen die Weisung des Hauptausschusses, die elfsk-lithuanische Regierung nicht beteiligt die Art, wie der Staatssekretär seinen Amtsvorgänger in diese Sache hineingezogen hat, mußte geradezu peinlich berühren. Schwander hätte einen solchen Vertrag nie unterschrieben. Am Ausschuss hat man nur der elfsk-lithuanischen Schwerindustrie einen Sitz eingeräumt. Die Stadt Reg. die für ein Sanatorium einen Streifen Land braucht, ist mit ihrem Kaufvertrag die Landgesellschaft Westmark verwiesen worden. — Staatssekretär v. Stein findet das formell berechtigt, die Stadt Reg. soll den Streifen Land bekommen. Der Staatssekretär bestreitet, daß er gegen den früheren Staatssekretär Schwander Vorwürfe erhoben habe. — Abg. v. Trampczanski wendet sich aus den Erfahrungen mit der Ostmarkenpolitik gegen den Vertrag. — Abg. Dr. Coblenz (U. Sor.) erklärt sich grundsätzlich gegen die Liquidation französischer Besitztümer, weil schismatische Wirkungen daraus nach dem Kriege entstehen müßten. Wenn es sich um die Erreichung politischer Zwecke handelt, dann scheidet man die diesbezügliche Heiligkeit des Eigentums beiseite. — Unterstaatssekretär v. Janquiere: Wenn das Ausland deutsches Eigentum nicht achtet, dann sind auch wir nicht verpflichtet, feindliches Eigentum zu achten. — Abg. Emmerl stellt noch fest, daß er eine demnünftige Siedlungsauflösung billige; grundsätzlich aber sei er ein Gegner der Liquidation.

Bei der Abstimmung wurde folgender Antrag von Abg. v. Trampczanski angenommen:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,

1. den zwischen dem Reich und der Landgesellschaft „Westmark“ am 27. Januar 1918 abgeschlossenen Vertrag aufzuheben.

2. der elfsk-lithuanischen Regierung anheim zu geben, die Gründung einer elfsk-lithuanischen Siedlungsauflösung zu veranlassen, die unter Wahrung der berechtigten Landesinteressen den Erfordernissen des Reiches entspricht.

Die anderen Anträge wurden der Regierung als Material überwiesen.

Bundesratsarbeit. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde der Entwurf einer Gesamtanordnung zur Ergänzung der Gesamtanordnung über die Errichtung von Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften in der Schuindustrie vom 17. März 1917 angenommen.

Der sparsame Wochenverdienst der Jugendlichen unter 18 Jahren ist durch Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken auf 36 M. erhöht worden. Von dem übersteigenden Betrag darf ein Drittel ausgezahlt werden. Das Uebrige ist wie bisher an die Sparkasse einzusparen.

Letzte Nachrichten.

Bericht über den Moskauer Putz.

Moskau, 9. Juli. Amtlich. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Am 4. Juli wurde auf dem russischen Sowjetkongress von der Mehrheit mit über 218 Stimmen die Zustimmung mit der ausländischen Politik des Sowjets der Volkskommissare ausgesprochen, wodurch zugleich der Protest gegen eine Erneuerung des Krieges mit Deutschland zum Ausdruck gelangte. Die linke sozialrevolutionäre Partei machte, gestützt auf die einige Tage vorher aus Komoroffsk nach Moskau eingetroffene Abteilung Matrosen von 1000 Mann, welche sich gewappnet hatte, die ihnen anvertrauten Kriegsschiffe nach Sewastopol zu führen, und anstatt dessen diese Schiffe bei Komoroffsk verankerte, einen Versuch eines bewaffneten Aufstandes, wozu als Signal die Ermordung des deutschen Vorkämpfers durch die Mitglieder der linken sozialrevolutionären Partei Anarejew und Blumkin diente. Bewaffnete Abteilungen der linken sozialrevolutionären Partei brachen plötzlich die Post und den Telegraphen, verhafteten den Vorsitzenden des Moskauer Sowjets Sawidowitsch, den Vertreter des Volkskommissars des Innern Lotis und den Vorsitzenden der außerordentlichen Kommission des Kampfes mit der Gegenrevolution Oerskindski. Der Sowjet der Volkskommissare sandte im Laufe des 6. und 7. Juli an die Arbeiter und die Moskauer Garnison einen Aufruf um Unterstützung des Sowjets von ganz Russland. Der Aufruf wurde vollkommen unterdrückt und einige hundert der noch am Leben gebliebenen russischen Verbotsfrei. Es ist eine besondere Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des Volkskommissars der Justiz Guttschko ernannt worden. Die Kommission legte klar, daß die linke sozialrevolutionäre Partei, welche nur während der Dauer von zwei Stunden den Telegraphen in den Händen hatte, auf telegraphischem Wege in Petrograd und Tula einen Aufruf hervorgerufen verurteilte und wunderliche Gerüchte über die Beziehungen der Sowjetregierung zu den Deutschen verbreitete, die imstande waren, das Volksgemüt aufzuwühlen. Auf dem Kongress der Sowjets war die Aufstandspartei in der Minorität vertreten, jedoch wäre die Sowjetregierung zweifellos gestürzt worden, falls es möglich gewesen wäre, einen Erfolg zu erzielen.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandsstag der Schuhmacher.

Würzburg, 9. Juli. Die Diskussion über den Geschäftsbericht zog sich auch noch über den größten Teil des heutigen Tages hin. Sie drehte sich weiter in der Hauptsache um die Reichstaxi, wobei auf die Fragen der gewerkschaftlichen Tarifpolitik aufgeworfen wurden. Der Verbandsstag nahm einstimmig eine Resolution zur Tariffrage an, in der der Verbandsstag die Bedeutung des Reichstaxi für die Schuhindustrie anerkennt. Er erklärt in demselben eine geeignete Grundlage, um die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen weiter zu verbessern. Der Verbandsstag erklärt aber, daß die tariflichen Grundzüge und Preiszuschläge den tatsächlichen Verhältnissen in vielen Fällen nicht entsprechen. Er bekennt, daß keine weitere Verkürzung der Arbeitszeit erreicht und die Ferienfrage keine Regelung erfahren hat. Der Verbandsstag erwartet, daß bei einer Erneuerung des Vertrages diese Punkte besonders berücksichtigt und ihre Annahme energisch verfolgt wird.

In die Zentral-Tarifkommission wurden als ordentliche Mitglieder Delegierte Hamacher-Berlin, Weisse-Breslau und Weidners-Nürnberg.

Der Verbandsstag trat hierauf in die Erörterung der Anträge ein, die die Sperrung der Beiträge an die Generalkommission verlangen. Damit verknüpft wurde die Stellung zur Redaktion des Fachblattes. Zur Begründung der Anträge auf Sperrung der Beiträge wurde auf die allgemeine Kriegspolitik der Generalkommission, auf ihren Beitritt zum Bund für Freiheit und Vaterland, die Teilnahme an der Ludendorffspende und die Herausgabe des Flugblattes anlässlich des Berliner Streiks verwiesen. Nach den Begründern der Anträge kamen mehrere Delegierte zum Wort, die die Anträge aufs schärfste bekämpften. Mit der Sperrung der Beiträge an die Generalkommission würde man der eigenen Organisation den größten Schaden beifügen. Die Generalkommission führe auch nur die Beschlüsse der Vorstandskonferenzen aus. Sei auch der Anschluß an den Bund für Freiheit und Vaterland ein Begriff, so dürfe das aber nicht dazu führen, die Beiträge zu sperren. — Die Haltung des Fachblattes fand von diesen Rednern scharfe Kritik. Das Verbandsorgan sei kein gewerkschaftliches Blatt mehr, sondern eine politische Zeitung, erfüllt von politischer Gesinnung gegenüber der anderen Richtung. Die Redaktion habe sich über den Beschluß des letzten Verbandstages hinweggesetzt. Am Fachblatt müßten die Interessen der Gewerkschaften und nicht die einer Partei vertreten werden. Es sei Zeit, daß hier eine Aenderung eintrete, und daß das Organ von Gotha nach Nürnberg übergeführt werde. Verbandsvorsitzender Simon kann es verstehen, daß Anträge auf Sperrung der Beiträge gekommen sind, er könne sie aber nicht billigen und sei darum entschieden dagegen. Es werde die Zeit kommen, wo die Einigkeit und Geschlossenheit der Gewerkschaften eine zwingende Notwendigkeit sei, darum wolle man sich nicht trennen. Bei den Kämpfen nach dem Krieg seien die Gewerkschaften mehr als je aufeinander angewiesen. Die Politik der Generalkommission beurteile er auf das allerentschiedenste. Bezüglich des Fachblattes betonte Simon, dem Redakteur könne man nicht verlangen, gegen die Generalkommission, gegen die Politik des 4. August, die zusammengebrochen sei, Stellung zu nehmen. Seine Artikel seien meist herausgefordert worden durch Angriffe von der Gegenseite.

Würzburg, 10. Juli.

In der fortgesetzten Debatte über die Anträge bezüglich der Generalkommission kam heute zunächst der Vertreter der Generalkommission, Silbermann-Berlin, zum Wort. Er stellte in längerer Rede falsche Auffassungen richtig und verteidigte die Haltung der Generalkommission. Durch den Beitritt zum Bund für Freiheit und Vaterland sei kein Anschluß an bürgerliche Kreise erfolgt; der Bund bedeute lediglich einen Zusammenschluß von Kräften zur Erreichung eines bestimmten gleichen Zieles. Die Generalkommission habe bei allen ihren Handlungen keine Grundzüge aufgegeben; sie lasse sich leiten von dem Wohl der Arbeiterklasse. Die Generalkommission handle im Einverständnis und nach den Beschlüssen der Vorstandskonferenz. Die Unterstützung der Ludendorffspende liege nur im Interesse der Kriegsschädigten. Einmütigkeit herrsche darin, daß das Reich die Pflicht hat, für die Kriegsschädigten ausreichend zu sorgen.

Von Gotha verteidigte seine Redaktionsführung des Fachblattes gegenüber den Angriffen in der Debatte. Der Redakteur könne es nicht allen recht machen; er habe sich bemüht, der Resolution des letzten Verbandstages, die Neutralität in politischer Beziehung verlangt, zu entsprechen und auch alle Beschimpfungen zu vermeiden. Redner begründete eine von ihm eingereichte längere Resolution, die gewerkschaftliche Grundzüge aufstellte, von der Generalkommission zwar nicht spräche, aber an ihre Adresse gerichtet ist. Er wünsche nicht, daß man sich von der Generalkommission trenne. Die Generalkommission müsse aber eine andere Politik einschlagen, Neutralität nach beiden Seiten üben. Die Arbeiterschaft habe während des Krieges vieles preisgegeben, aber nichts — außer der Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung — dafür erhalten.

Ausschussvorsitzender Haupt-Regensburg wandte sich ebenfalls entschieden gegen die Haltung der Generalkommission.

Verbandsvorsitzender Simon betonte, man habe den Aufruf der Generalkommission für die Ludendorffspende dazu benutzt, einen Druck auf die Arbeiter auszuüben. Alle Versprechungen der Regierung seien nur gemacht worden, um die Arbeiterschaft einzulassen. Das Proletariat müsse sich auf seine eigene Kraft verlassen. Der Abgang Mühlmanns und die Trennung seines Nachfolgers zeige, wie der Wind wehe.

Bei den weiteren längeren Erörterungen kamen Redner beider Richtungen zum Wort. Silbermann wies energisch den Vorwurf, die Generalkommission und die Abgeordneten der Reichstaxi hätten sich an die Regierung oder an Bürgerliche verkauft, zurück. Es sei kein Tag ins Land gegangen, wo nicht

mit der Regierung gekämpft worden sei. Der Standpunkt, durch eigene Kraft Erfolge zu erzielen, sei nicht aufgegeben worden. Das Zusammengehen mit anderen Richtungen erfolge nur, wo man dadurch einen maßgebenden Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben könne, wie beim Arbeitsamtergesetz; das entspricht gewerkschaftlicher Politik.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Sperrung der Beiträge an die Generalkommission mit 13 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Vorsitzender Simon erklärte hierzu, daß damit aber nicht die Haltung der Generalkommission gebilligt werden solle. Gegen zwei Stimmen nahm der Verbandsstag dann die Resolution vor an, die u. a. besagt:

„Die Gewerkschaften sind vor allem dazu berufen, den unmittelbaren Kampf gegen das Kapital zu führen. Es widerspricht den Grundzügen der Demokratie und ist geeignet, Zerwürfnisse in die Organisation zu tragen, wenn einzelne Mitglieder, Vertreter von Mitgliedschaften oder Organisationsleitungen versuchen, die Gewerkschaften auf eine Politik zu verpflichten, die mit den anerkannten Grundzügen in Widerspruch steht und die von der Mehrheit der Mitglieder nicht beschlossen worden ist. Insbesondere ist kein Organisationsangehöriger, allein oder mit mehreren verbunden, berechtigt, Maßnahmen zu treffen, die die Organisation dritten gegenüber zu tatsächlichen oder politischen Aktionen verpflichten, ohne daß zu solchen Bindungen die Organisation ausdrücklich Auftrag erteilt hat. Werden solche Grundzüge mißachtet, dann tragen die betreffenden Streitigkeiten in die Organisation, gefährden ihre Einheitslichkeit, ihre Schlagkraft und schädigen somit das Interesse des gesamten Proletariats. Mehr denn je ist in der Zukunft die Einheitslichkeit und Geschlossenheit der Organisation unerlässliche Voraussetzung erproblicher gewerkschaftlicher Arbeit.“

Die Krankenkassen-Angestellten Groß-Berlins

hielten am 9. Juli im „Lehrervereinshaus“ eine gutbesuchte Versammlung ab, die sich zunächst mit den durch die Grippeepidemie hervorgerufenen Vertretungsmaßnahmen beschäftigte. Der 1. Vorsitzende des Verbandes der Krankenangehörigen Krüger wies darauf hin, daß der Krankenstand um 50 bis 70 Proz. bei allen Kassen gestiegen sei. Diese ungeheure Mehrzahl müsse aber teilweise von einer verringerten Anwesenheit erlitten werden, da ein Teil der Angestellten in Urlaub, ein anderer Teil ebenfalls erkrankt sei. Teilweise haben die Kassen gar keine ernsthaften Versuche gemacht, Hilfskräfte heranzuziehen. Andererseits bilden hierbei auch die geringen Hilfskräfte der Kassen ein tatsächliches Hindernis. Die berechnete Unzulänglichkeit der Hilfsmittel über so lange Warten richte sich zu Unrecht gegen die Angestellten. Redner schloß vor, in demjenigen Kassen, wo sich Mängel zeigten, sofort mit den Verwaltungen auf Grund folgender Richtlinien zu verhandeln: Keine Verchiebung des Urlaubs, möglichst keine Leberstunden, weitestgehende Heranziehung neuer Hilfskräfte, eventuelle unter Erhöhung höher gezahlter Gehälter, beschleunigte Anwerbung eingezogener Angestellter durch Vermittlung des Arbeitsamtes.

In der Diskussion wurde besonders von den Kollegen der Allgemeinen Krankenkasse der Stadt Berlin und der Krankenkasse der Mechaniker die ungeheure Belastung der Angestellten und die ungenügenden Maßnahmen der Verwaltung zur Verringerung der Krankheitsgeschädigten von anderen Kassen (Charlottenburg, Weihensee, Friedenau, Schwanenplatz usw.) lobend berichtet werden, daß diese Verwaltungen rechtzeitig genügend Hilfskräfte beschaffen haben. Die von Krüger vorgeschlagenen Richtlinien wurden einstimmig angenommen. Soweit die Verhandlungen keinen Erfolg haben, soll sofortige Meldung an die Ortsverwaltung des Verbandes (O. 27, Dürkenstr. 41) erfolgen.

Sodann berichtete Krüger über die Verhandlungen mit den Kassenverbänden wegen Erhöhung der Feuerungszulagen. Die Vertreter der Kassen müßten anerkennen, daß eine Erhöhung der bisherigen Feuerungszulagen notwendig sei. Sie wollten dieselbe aber erst nach einjähriger Beschäftigung eintreten lassen. Es wurde schließlich folgende Vereinbarung erzielt:

Die Feuerungszulage beträgt ab 1. Juni 1918 für Hilfsarbeiter in den ersten sechs Monaten der Beschäftigung: Ehegattin 80 M., Ledige über 18 Jahre 60 M., Ledige unter 18 Jahren 40 M., für jedes Kind 10 M. Für Weib, Angehörige und Hilfsarbeiter nach sechsmonatiger Beschäftigung soll gezahlt werden: Ehegattin 120 M., Ledige über 18 Jahre 80 M., Ledige unter 18 Jahren 60 M., für jedes Kind 15 M. Die Erhöhung soll auch den bereits in Abrechnung stehenden Verleihen gezahlt werden, soweit ihre Abrechnung nicht aus einem wichtigen Grunde erfolgt ist. Zahlung eines Teils der Feuerungszulage an die Kriegsteilnehmer wurde von den Kassen abgelehnt. Die Versammlung erklärte sich mit den getroffenen Vereinbarungen einverstanden.

Der Zentralverband der Lederarbeiter

konnte im Jahre 1917 seine Mitgliederzahl um 1177 erhöhen. Entsprechend der Kriegswirtschaftlichen Situation entfiel der größte Teil des Mitgliederertrags, nämlich 1060, auf die weiblichen Mitglieder. Außerordentlich zahlreich und umfangreich waren die Tarif-, Lohn- und Feuerungsbewegungen. Insgesamt führte der Verband in 1917: 103 Bewegungen in 381 Betrieben mit 13.197 Beschäftigten. Es wurde für 11.377 Personen eine Lohnmehrung von 51.240 M. pro Woche, außerdem für 995 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 1578 Stunden pro Woche erzielt. Bei den Lohnbewegungen wurden 21 Tarifverträge neu abgeschlossen resp. erneuert. Der Kampferfolg erbrachte eine Mehreinnahme von 15.309 M. Die Jahreseinnahme betrug 191.781 M., die Jahresausgabe 176.222 M. Zur Erwerbslosenunterstützung wurden 60.471 M. für alle Unterstützungen zusammen wurden 71.108 M. ausgegeben. Der Kassenbestand in der Hauptkasse am 31. Dezember 1917 betrug 210.976 M., das Gesamtvermögen 240.645 M. Die Kassen hatten außerdem noch ein Vermögen von 26.904 M. Das Gesamtbild des Jahresablaufes ist ein durchaus gutes und ist nur zu wünschen, daß die Verbandsmittglieder es auch im Jahre 1918 an reger Agitationsarbeit für den Verband nicht fehlen lassen.

Parteinachrichten.

Fraktion und Kriegskredite. Wir hatten gestern der „Frankfurter Volksstimme“ einen Bericht entnommen, wonach Gen. Hoch in seinem Wahlkreis Danau gesagt haben soll, die Fraktion habe sich das letzte Mal mit 25 gegen 24 Stimmen für die Bewilligung der Kriegskredite entschieden. Das hat Gen. Hoch aber, wie er uns mitteilt, weder gesagt, noch ist die Behauptung selbst richtig. Das angegebene Stimmverhältnis bezog sich auf die Abstimmung zu den Kufareiser Verträgen. Gegen die Bewilligung der Kriegskredite stimmten nur 8 Fraktionemitglieder.

Die neue sozialdemokratische Partei Finnlands ist unter dem Namen „Sozialdemokratische Reformpartei Finnlands“ gegründet worden. Das Programm der neuen Partei enthält u. a. folgende Punkte: Finnland soll Republik sein, Referendum in Gesetzgebungsfragen, Schiedsgerichte zwischen den Nationen, vollständige Rede-, Press- und Koalitionsfreiheit, Gleichstellung der Frau mit dem Manne in allgemeiner und privatrechtlicher Hinsicht, Religion als Privatangelegenheit, Trennung der Kirche vom Staate. Außerdem ist ein besonderes Parteiprogramm beschlossen worden, das darauf hinführt, den Besitz der Wälder und Flüsse zu verstaatlichen und die Pächter zu Selbstbesitzern oder Staatspächtern zu machen.

Helma Steinbach.

Am Sonntag, 7. Juli, verstarb in dem kleinen lauenburgischen Orte Glüsing, wo sie einige Tage Erholung suchte, Frau Helma Steinbach an den Folgen eines Herzschlages. Hervorgegangen aus einer Kaufmannsfamilie, in der man mit Opfern und Entbehrungen den inneren wirtschaftlichen Zusammenbruch den Wunden der bürgerlichen Umwelt zu entziehen trachtete, lernte sie in der frühesten Jugend bereits die Demütigungen kennen, die verschämter Armut zu tragen auferlegt werden. Eine kurze, nicht glückliche Ehe wurde von ihr gelöst, und so fand sie jung und unerfahren allein mitten im Leben, ringend um den körperlichen Unterhalt. Die eigene Mühsal und ungebundener Freiheitsdrang führten sie in die Reihen derer, die gleich ihr ausgeschloffen waren von den Gütern des Lebens. Hier traf ihre Lebensbahn mit der des ihr im Tode vorausgegangenen Adolph v. Elm zusammen, und mehr denn dreißig Jahre einte diese beiden ungewöhnlichen Reviden seltsame Freundschaft zu gleichem Streben und Wirken. Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft, alle drei im weitesten Sinne genommen, waren das große Feld, auf dem sie ihre gemeinsame Lebensaufgabe suchten. Ihre Liebe galt dem kämpfenden Proletariat. Ihm galt ihr Sorgen und Mühen, und selbst ihre Erholung, die sie in der Dichtkunst und Musik suchte, diente ihr nur dazu, auch andere dieser Genüsse teilhaftig werden zu lassen. Nun schloß auch diesen bescheiden Mund ewiges Schweigen; nach fast 71 Jahren endete ein sanfter Tod dieses bewegte Leben. Auf die Spuren ihres Wirkens aber werden die Genossen einer späteren Zeit noch vielfach stoßen und mit Recht der Verdienste dieser kämpferischen Proletarierin in Dankbarkeit gedenken.

Industrie und Handel.

Ein Wirtschaftsausschuß der deutschen Friedensindustrien.

Um diejenigen Betriebe, die Bedarfsgegenstände für die bürgerliche Bevölkerung herstellen, der Kriegswirtschaft gegenüber zur Geltung zu bringen und ihnen Rohstoffe, Kohlen, Arbeitskräfte zu beschaffen, ist unter Führung von Kommerzienrat Dr. Rosenthal in Berlin ein Wirtschaftsausschuß der deutschen Friedensindustrien zusammengetreten.

Den ersten Anstoß dazu hatte die mangelnde Berücksichtigung der gewerblichen Industrien bei der Schaffung des Gesetzes über den vorläufigen Hilfsdienst gegeben; dem Wirtschaftsausschuß wurde denn auch auf seine Vorstellung hin eine Vertretung im Kriegsausschuß zugewilligt. Einen weiteren Grund zur Vereinigung bildeten die Klagen über das Kriegswirtschaftsgesetz. Vor allem aber hat sich der Verband mit der Abhilfe gegen den Mangel an Kohlen und die Klagen über unzureichende Aufteilung zu befassen.

Die im Wirtschaftsausschuß vereinigten Industrien decken sich einigermassen mit denjenigen, die an der Leipziger Messermesse vertreten sind. Der Zentralverband deutscher Industrieller und der Bund haben ihre Mitglieder vor dem Eintritt in den Wirtschaftsausschuß gewarnt, weil sie in ihm einen Wettbewerb gegen den Kriegsausschuß der deutschen Industrie sehen. In einem ernsthaften Streit dürfte es jedoch kaum kommen.

Eingegangene Druckschriften.

- Ausländische Gesandtschaft über Berufsvereine usw., bearbeitet vom Kaiserlichen Statthalter, Ladenpreis 20 M., Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Rosenstr. 43/44.
- Tat-Jahrbücher, Nr. 25: Europa's Kapital und Arbeit nach dem Kriege, von H. Reimer, 1 M. u. 20 Proz. — Nr. 27: Was soll eine deutsche Volksschule sein und leisten? von Eduard Weiskopf, Preis 0,50 M. und 20 Proz. — Zwangsinduzate, Monopole und Steuern, von Friedrich Wilhelm Hirtz zu Henning und Büdingen, brosch. 1,20 M. und 20 Proz. — Ledermann Selbstverleger, von Ledermann, brosch. 1,50 M. u. 20 Proz., sämtlich im Verlage Eugen Diederichs in Jena.
- König Konstantin und Griechenland Kampf um die Neutralität, — Politische Aufsätze über Griechenland von Prof. Dr. Philippson, Prof. Dr. v. Hülsen, Prof. Wollers, Dr. A. Strupp, Süddeutsche Monatshefte 6. u. 8. H., München.
- Georg Wäckerle „Vence und Vena“ von Dr. Ernst Leopold Stahl, 1 M., Rembrandt-Verlagsanstalt, Rembrandt, Kollerning 4/6.
- Stefan George von Will Scheller, geb. 2,50 M., geb. 3 M., Giese u. Beder, Verlag, Leipzig.

Verantwortl. Redakt.: Dr. Franz Diederich, Berlin-Friedenau; für d. übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neudamm; für Anzeigen: Theodor Glöde, Berlin; Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermanns-Verlagsanstalt und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. **Stellen 1. Klasse und Unterhaltungsklassen.**

Deutscher Eisenbahner-Verband
Bezirk Berlin.
Heute Freitag, den 12. Juli, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engeliner 15:
Allgemeine Eisenbahner-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Ist eine Verkürzung der Arbeitszeit möglich?
Referent: Verbandssekretär Kollege Kottzur.
2. Freie Aussprache.
Die Bezirksleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin, N 51, Vintzenstraße 83-85.
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt-Nachbar 185, 1299, 1987, 9714.
Achtung! Bauanschläger. Achtung!
Am Sonntag, den 14. Juli 1918, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Hummel, Sophienstr. 5:
Branchen-Versammlung der Bauanschläger.
Tagesordnung:
1. Verbands- und Branchenanliegenheiten. 2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
Es ist dringende Pflicht aller Kollegen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Gewerkschaftshaus.
Sonntag, den 14. Juli 1918: Im großen Saale feiert der **Berein der Hüttenbesitzer sein Sommerfest.**
Vorträge aller Art — (die 4 Hüttenbesitzer-Girls in ihrem Tanzquartett).
Im Mahagonisalon: der **Sparverein „Geldweib“.**
Im herrlichen Naturgarten — Treffpunkt unter dem **Gitterbaum.**
Gesang u. Vortrag von „Adje u. Fiedje“, Hamburger Hafentypen.
Und das **Humoristische Damentrio.**
Sonntag Mittag:
Häuserludde 0,50 M., Kaptein 5,00
Steinbutte holländ. 2,50 Gelpiedes Hinderflet 4,00
Steinpilze 2,50 Götterpreise
Schleiferele blan 4,00 Kampff, Salsat
Weißholz bairisch 1,50 Räte
Avis! Abendspezialität 1/2 Huhn 7,50 M.
Suralander Spickal Portion 4,00
Zähne von 3 M. Teilw. wöchentl. 1 M. Plomben 1,50 Goldkronen 18 M. Zahnziehen m. Einspr. höchst an schmerzlos. Umarr. schlechte Gebisse. Rep. Zahnarzt **Wolf** sol. Potsdamer Str. 35. Hochb. Sprechz. 3-7.

Tod u. Teufel
Ueber 25 Jahre einzig bewährt!
Reichs Spezialmittel in unveränderter enormer Stärke wirken mit vernichtender Kraft.
Wanzen-Fluid „Radikal“
Flasche M. 1,25, 2,25, 3,75 u. 5,50.
Schwaben-Puder „Martini“
Pack M. 1, 2, 4, Pfund M. 8, —
Motten-Pulver
Pack 99 Pf., M. 1,75, 3,50, Pfund M. 7, —
Durchgreifende Wirkung
Jede Brut abtötend
Anerkennungen aus aller Welt.
Man nehme in Packungen Marke **Tod u. Teufel** und in eide Erstmittel.
Otto Reiche, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4.
Fernsprech-Anschlüsse: Moritzplatz 4781, 4782, 4788.
Lieferant L. Arno u. Marine, Königl. u. städt. Behörden.
Wirksamkeit wird nur verbürgt durch die Marke **Tod u. Teufel**.

Personenzugfahrplan.
Vom 15. Juli d. J. ab werden die Berlin-Magdeburger Schnellzüge D 26 und D 35 bis und von Stuttgart fortgeleitet.
Am Anfangs hieron wird von genanntem Tage ab ein neues D-Programm zwischen Chemnitz und Ludwigshafen vorgelesen.
262/11
Räbers ergeben die Befanntmachungen auf den Bahnhöfen. Halle (Saale), im Juli 1918. **Königliche Eisenbahndirektion.**
Rheingold
Eingang Potsdamer Str. Oberholzthal.
Sonntag, den 13. Juli 1918, abends 9 1/2 Uhr:
Vortrag u. Vortragsleiter Jakob Kony „Der Zusammenbruch der europäischen Staatsordnung im Sinne der Moral des Weltkrieges“ 267/2b
„Zeitweg zum Frieden“.
Geniert v. Stella Gen. Rom. Frankfurt a. M., Gen. u. Oberkom. in den Karten sowie vom Königl. Hofgesprächsbüro.
Eintrittskarten: Gesamtsumme 2, part. 1,00, 2,00 und 3,00 M.